

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Tschernobyl

Tatiana Kasperski
TSCHERNOBYL
TRANSNATIONAL

Klaus Gestwa
STRAHLENDE LANDSCHAFTEN


Anna Veronika Wendland
VON TSCHORNOBYL
NACH SAPORISCHSCHJA

Markus Hinterleitner
TSCHERNOBYL UND
DIE ÜBERLEGENE INTELLIGENZ
DER DEMOKRATIE

Lars Koch
DIE ANGSTÄSTHETIK DER
HBO-SERIE „CHERNOBYL“

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DASPARLAMENT

Tschernobyl

APuZ 18–19/2026

TATIANA KASPERSKI

TSCHERNOBYL TRANSNATIONAL

Belarus und die Ukraine waren unmittelbar vom Super-GAU betroffen. Die Wahrnehmung des Reaktorunfalls veränderte sich mit der Zeit von der sowjetischen Kollektivkatastrophe hin zur nationalen Tragödie, der beide Länder unterschiedlich gedenken.

Seite 04–11

KLAUS GESTWA

STRAHLENDE LANDSCHAFTEN

Das Reaktorunglück am 26. April 1986 hatte weitreichende Folgen für Menschen, Tiere und die Umwelt. Dabei war Tschernobyl nicht das erste sowjetische Nukleardesaster. Bis heute wirkt die Strahlenbelastung in der Ukraine, Belarus, Kasachstan und Russland nach.

Seite 12–18

ANNA VERONIKA WENDLAND

VON TSCHORNOBYL NACH SAPORISCHSCHJA

Während Tschernobyl in Europa die Antiatombewegung befeuerte, hielt die Ukraine an der Kernkraft fest und baute sie sogar noch aus. Doch wie kam die Kernenergie in die Ukraine? Und wie steht es um die Kernkraftwerke unter russischer Besatzung?

Seite 19–25

MARKUS HINTERLEITNER

TSCHERNOBYL UND DIE ÜBERLEGENE INTELLIGENZ DER DEMOKRATIE

Während Krisensituationen systemunabhängig auftreten, zeigen sich in ihrer Aufarbeitung signifikante Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien. Auch darum wurde der Super-GAU von Tschernobyl in Europa anders als in der Sowjetunion diskutiert.

Seite 26–31

LARS KOCH

DIE ANGSTÄSTHETIK DER HBO-SERIE „CHERNOBYL“

„Chernobyl“ inszeniert einerseits die Havarie detailgetreu, ästhetisiert den Super-GAU und verwehrt sich andererseits einer simplen Lesart als historische Nachstellung. Stattdessen öffnet sie Fragen der Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsfähigkeit in einer Welt der Polykrise.

Seite 32–37

EDITORIAL

Am 26. April 1986 um 1 Uhr 23 havarierte im Rahmen eines Routinetests der Reaktor 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl im Norden der Ukraine. „Tschernobyl“ ist die russische Bezeichnung des Kernkraftwerks, das im Ukrainischen auch als „Tschornobyl“ bekannt ist – wie die 18 Kilometer entfernte gleichnamige Kleinstadt mit einer jahrhundertealten Geschichte. Durch die Reaktorexpllosion wurden große Mengen radioaktiver Stoffe in die direkte Umgebung des Kernkraftwerks sowie mehrere Tausend Kilometer weit in benachbarte Länder getragen. Zunächst wurde das Ausmaß der Nuklearkatastrophe von den sowjetischen Behörden bagatellisiert. Erst 18 Tage nach dem Unglück, auch bedingt durch den wachsenden Druck der internationalen Öffentlichkeit, räumte Michail Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, in einer Fernsehansprache das gefährliche Ausmaß des Super-GAU ein.

Eine mittelfristige Folge der Katastrophe war, dass Unabhängigkeitsbestrebungen in Belarus und der Ukraine an Schlagkraft gewannen; Gorbatschow bezeichnete Tschernobyl rückblickend gar als „Anfang vom Ende“ der Sowjetunion. Zugleich mussten die Opfer und Angehörigen für Entschädigungen kämpfen. Interessanterweise stellte sich die Grundsatzfrage um den Einsatz von Kernkraftwerken ausgerechnet dort nicht, wo die Katastrophe stattfand – im Gegenteil: Die Ukraine setzt bis heute stark auf Atomenergie. In Westeuropa und speziell der Bundesrepublik hingegen löste die Nuklearkatastrophe große Angst und Verunsicherung aus. Strahlenwerte und die Windrichtung aus dem Osten bestimmten für Wochen die Nachrichten, die Diskussionen um die zivile Nutzung der Atomkraft wurden immer hitziger.

Während sich die weltweit größte Atomkatastrophe 2026 zum vierzigsten Mal jährt, leidet die ukrainische Bevölkerung seit über vier Jahren unter dem russischen Angriffskrieg. Durch russische Kriegshandlungen wurde neuerlich radioaktiver Staub aufgewirbelt und die Schutzhülle um den Reaktor 4 beschädigt. Auch darum ist Tschernobyl/Tschornobyl ein Erinnerungsort, der nichts an Aktualität eingebüßt hat. Die radioökologische Belastung und damit einhergehende Risiken für Mensch und Umwelt werden wohl noch jahrhundertlang fortbestehen.

Leontien Potthoff

TSCHERNOBYL TRANSNATIONAL

Opfer, Überlebende und Erinnerungen vierzig Jahre später

Tatiana Kasperski

Mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl in den frühen Morgenstunden des 26. April 1986 endete die Hoffnung, dass sich eine friedliche Nutzung der Kernenergie in den Sümpfen von Prypjat in der Ukraine dauerhaft etablieren könnte. Die sowjetischen Behörden hatten das Kraftwerk als Symbol einer glorreichen kommunistischen Zukunft dargestellt, die von unbegrenzt verfügbarem Strom angetrieben werden sollte. Vier Reaktoren waren zum Zeitpunkt des Störfalls in Betrieb, zwei befanden sich im Bau, vier weitere waren geplant. Doch die Explosion des vierten Reaktorblocks führte die Risiken der Atomkraft drastisch vor Augen und zeigte, wie wenig vorbereitet man auf einen derartigen Störfall war – der in Tschernobyl genutzte Reaktortyp RBMK (*Reaktor Bolschoi Moschtschnosti Kanalny*) wies gravierende Konstruktions- und Sicherheitsmängel auf. Darüber hinaus war die mächtige kommunistische Partei mit ihrer viel gepriesenen zentralen Lenkung nicht in der Lage, die erforderlichen Notfallmaßnahmen zu ergreifen, um die Menschen so schnell wie möglich aus der Gefahrenzone zu bringen.

Die bei der Reaktorkatastrophe freigesetzten radioaktiven Stoffe verbreiteten sich nicht nur in der unmittelbaren Umgebung, sondern über weite Strecken hinweg, vor allem in der nördlichen Hemisphäre. Radioaktives Cäsium-137 ging über allen europäischen Ländern nieder. Auch wenn nach vierzig Jahren die Hälfte davon zerfallen ist, wird es noch zwei Jahrtausende dauern, bis es ganz verschwunden sein wird. Andere Radioisotope wie Jod-131 sind zwar längst abgebaut, sorgten jedoch für einen Anstieg verschiedener Erkrankungen wie Schilddrüsenunterfunktion, Schilddrüsenkrebs – insbesondere bei Kindern – und anderen sekundären Krebsarten. Belarus, die Ukraine und der europäische Teil Russlands waren am stärksten von der in Tschernobyl freigesetzten Radioaktivität betroffen; mehrere Millionen Menschen leben noch immer in stark

kontaminierten Regionen. Die langfristigen wirtschaftlichen und politischen Folgen der Katastrophe sowie die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen des radioaktiven Niederschlags waren besonders in den beiden damaligen Sowjetrepubliken Belarus und Ukraine zu spüren, wo etwa 22 beziehungsweise 7 Prozent der Landesfläche stark mit Cäsium-137 kontaminiert wurden. Erst seit 1989, als Informationen über das wahre Ausmaß allgemein bekannt wurden, gedenkt man der Reaktorkatastrophe offiziell als nationales Trauma. Gleichzeitig bemühen sich die Regierungen beider Länder – in Belarus jedoch deutlich stärker –, den Verlust von Gesundheit und Land zu überwinden und das Leben in den kontaminierten Gebieten zu „normalisieren“.

Welche Auswirkungen hatte die radioaktive Kontamination auf die verschiedenen Betroffenenengruppen in Belarus und der Ukraine? Wie hat sich die Interpretation der Katastrophe in den mehr als drei Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verändert? Die Bemühungen, die Auswirkungen des weltweit schwersten Strahlenunfalls einzudämmen und abzumildern, sind stark zurückgegangen: zunächst aufgrund finanzieller Engpässe in den am stärksten betroffenen Ländern, dann aufgrund der Versuche der Behörden und internationaler Organisationen, die Katastrophe herunterzuspielen und die Verantwortung für den Bevölkerungsschutz in den nach wie vor kontaminierten Gebieten auf lokale Ämter abzuwälzen, und schließlich aufgrund der jüngsten russischen Militärangriffe auf den Reaktorcomplex.

UMGESIEDELTE UND „LIQUIDATOREN“

Die Menschen, deren Leben und Gesundheit durch den Reaktorunfall betroffen waren, wurden nach der Katastrophe in neue Kategorien unterteilt. Während einige von ihnen gewürdigt und

andere ignoriert wurden, wurden wiederum andere nach der Katastrophe zu Kernkraftkritikern und protestierten dagegen. Was sie jedoch einte: Sie waren alle in einem bestimmten Ausmaß gesundheitlichen Risiken durch die Strahlenbelastung ausgesetzt. Die genaue Zahl der Opfer von Tschernobyl ist schwer zu ermitteln. Hunderttausende Bewohnerinnen und Bewohner der Sowjetunion und postsowjetischen Staaten waren einem gefährlichen Grad an Radioaktivität ausgesetzt, zudem wurde die Situation noch dadurch verschärft, dass die Risiken verschwiegen wurden, die Behörden unverantwortlich und viel zu zögerlich handelten, es keine Schutzausrüstungen und Strahlungsmessgeräte gab und die sowjetische Führung die wirtschaftlichen Folgen und die politische Unzufriedenheit so weit wie möglich zu begrenzen versuchte.

Zunächst spielte die sowjetische Regierung das Ausmaß des Reaktorunfalls herunter, dann verbreitete sie verwirrende Aussagen hinsichtlich der Gefährdung der ukrainischen, belarusischen und russischen Bevölkerung in den Dörfern, Kleinstädten und Großstädten, über die die radioaktive Wolke hinweggezogen war. Sie stellte auch keine Jodtabletten zur Verfügung, um Kinder vor radioaktivem Jod-131 zu schützen, das leicht von der Schilddrüse aufgenommen wird.

Die Behörden zögerten fast 36 Stunden lang, die Einwohner Prypjats zu evakuieren, der nahegelegenen 50 000-Einwohner-Stadt, in der hauptsächlich die Beschäftigten des Atomkraftwerks lebten. Weitere 67 000 Menschen verloren laut Internationaler Atomenergie-Organisation (IAEO) durch die Einrichtung einer Sperrzone mit einem Radius von 30 Kilometern ihr Zuhause, insgesamt geht man von etwa 200 000 Evakuierten aus. Erst Ende der 1980er Jahre unterstützten die sowjetischen Behörden die Umsiedlung von Hunderten Dörfern in den besonders stark kontaminierten Gebieten, wodurch die Zahl der Evakuierten auf insgesamt rund 400 000 stieg. Der Rest, darunter etwa eine Million Kinder, lebte weiterhin auf dem radioaktiv verseuchten Land. Die fehlenden Angaben zur genauen Zahl von Betroffenen sind ein weiterer Hinweis auf das mangelhafte Krisenmanagement der sowjetischen Führung. Andererseits behaupten Vertreter der Atomindustrie und der Behörden bis heute, die Evakuierung sei vor schnell, kostspielig und unnötig gewesen.

Nach anfänglichem Schweigen wurde von offizieller Seite die heroische Leistung bei der „Liqui-

dation“ (wie die Eindämmung der Auswirkungen genannt wurde) betont und als Erfolg dargestellt. Über 800 000 Arbeiter, Soldaten und Freiwillige wurden aus der ganzen Sowjetunion herangezogen, um die Schäden mit rudimentären Mitteln und ohne ausreichende Schutzausrüstung zu beseitigen. Die „Liquidatoren“ rissen verstrahlte Gebäude nieder, fällten Bäume, trugen kontaminiertes Erdreich ab, planierten den Boden, um den radioaktiven Staub zu binden, sammelten verstrahltes Material ein und vergruben, was sie konnten.

Die Strahlung hatte die Schaltelektronik der auf den Reaktordächern eingesetzten Roboter beeinträchtigt, weshalb menschliche Arbeitskraft eingesetzt wurde. Die zynisch als „Bioroboter“ bezeichneten Männer arbeiteten, nur mit Bleischürzen geschützt, auf dem Dach des benachbarten dritten Reaktorblocks, von dem sie zerborstene Brennstäbe, Graphitblöcke und anderen radioaktiven Schutt in die klaffende Grube von Reaktor 4 warfen. Aufgrund der starken Strahlung durfte ihr Einsatz auf dem Dach nicht länger als eine Minute dauern. Bergarbeiter mussten zusammen mit Mineuren (die sonst beim U-Bahn-Bau tätig waren) einen unterirdischen Zugang vom dritten zum vierten Reaktorblock graben, über den flüssiger Stickstoff unter den Reaktor gepumpt wurde, um eine weitere Explosion zu verhindern, falls geschmolzenes Material von den Brennstäben auf das Löschwasser treffen sollte. Soldaten durchstreiften das Gebiet rund um das Kraftwerk, erschossen Wildtiere, Nutztiere und Haustiere, hoben Gruben aus und entsorgten die Kadaver. Damit wollte man verhindern, dass verstrahlte Tiere die Sperrzone verließen und das Umland kontaminierten. Bauarbeiter versiegelten den Reaktor mit 400 000 Kubikmetern Beton, der einen unzureichenden und instabilen Deckel, Sarkophag oder „Schutzobjekt“ (*Ob'ekt Ukryttia*) genannt, zur Eindämmung der Strahlung bildete. Er sollte gewährleisten, dass die drei verbliebenen Reaktoren wieder hochfahren und spätestens im Herbst wieder Strom liefern konnten.

Da es kaum Unterlagen zu den Evakuierten und Liquidatoren gibt, war es für die „Leidenden“, wie sie genannt wurden, schwierig, ihren Anspruch auf Invalidenrenten und andere Entschädigungen geltend zu machen. Auf die Frage, warum es die Sowjetunion versäumte, sich nach der Reaktorkatastrophe um ihre Bürgerinnen und Bürger zu kümmern und für sie zu sorgen, sind vor allem zwei Gründe zu nennen: Zum

einen war die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) eine Gesellschaft, der es an Transparenz mangelte und die daher überhaupt nicht darauf vorbereitet war, mit einer derartigen Katastrophe offen umzugehen, obwohl für deren Aufarbeitung Offenheit dringend notwendig gewesen wäre. Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees, hatte einen Kurs der Glasnost, der Transparenz und Liberalisierung angekündigt. Und doch benötigte er sage und schreibe 18 Tage, um den Reaktorunfall öffentlich einzugestehen, obwohl die in der Atmosphäre freigesetzte Radioaktivität zu dem Zeitpunkt bereits dreißig- bis vierzigmal höher war als nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima durch das US-amerikanische Militär im August 1945.

Dokumente des sowjetischen Geheimdienstes (KGB), die später in der Ukraine veröffentlicht wurden, enthielten strikte Anweisungen, Diskussionen oder Publikationen über den Vorfall zu unterbinden. Die Agenten sollten Gerüchte oder Gerüchte verhindern und die Urheber zum Schweigen bringen. Der ukrainische KGB meldete dann auch nach Moskau, man habe sich in den Regionen Kyjiw, Tschernihiw und Schytomyr darauf vorbereitet, gegen öffentliche Unmutsbekundungen über den Reaktorunfall bei den Feierlichkeiten zum 1. Mai 1986 vorzugehen. Der 1. Mai war in der Sowjetunion ein wichtiger Feiertag, den die Führung nicht absagen wollte, weshalb sich Tausende Bürgerinnen und Bürger mit ihren Kindern im Freien aufhielten und dadurch besonders starker Strahlung ausgesetzt waren. Anfang Mai gab der KGB außerdem eine Liste mit Themen heraus, die der Geheimhaltung unterlagen und weder veröffentlicht noch mündlich weitergegeben werden durften – etwa die Ursache für den Störfall, das Ausmaß der Schäden, die Menge der freigesetzten Radioaktivität, die Kontaminationswerte in der Region sowie Statistiken zur Strahlenkrankheit.⁰¹

Der zweite Grund für den unzureichenden Schutz der Bevölkerung liegt in der Natur der sowjetischen Gesellschaft und ihres Klassensys-

tems. Die Behörden – Mitglieder von Partei, Regierung und Verwaltung – kümmerten sich zuallererst um ihr eigenes Wohlergehen. In vielen Regionen dauerte es Monate, bis die Lebensmittelindustrie unkontaminierte Lebensmittel herstellen und liefern konnte. Evakuierten Arbeitern, Bauern und ihren Familien wurden nur selten neue Häuser und Wohnungen zur Verfügung gestellt. Ein noch deutlicheres Beispiel für hierarchisches Denken und mangelnde Fürsorge liefert die Entscheidung des Kremls, Wurstwaren, die aus Fleisch mit niedriger Strahlenbelastung hergestellt waren, in allen Regionen des Landes mit Ausnahme von Moskau in den Verkauf zu bringen. Der „autoritäre Wohlfahrtsstaat“ war am Ende zwar sehr autoritär, versäumte es jedoch, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Wohlergehen seiner Bürger nachzukommen – in diesem Fall, sie rechtzeitig aus der Gefahrenzone zu bringen und sich um Unterkünfte, Lebensmittel und die medizinische Versorgung zu kümmern.⁰²

TSCHERNOBYL ALS NATIONALE TRAGÖDIE

Die Art und Weise, wie die öffentlichen Narrative in der Ukraine und Belarus die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beschreiben, ist eng verbunden mit den historischen und politischen Ereignissen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre. Die vorherrschenden Interpretationen der Katastrophe entstanden im Kontext erstarkender nationalistischer Bewegungen, der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 sowie der Herausbildung von Nation und Staat in den jeweiligen Ländern in den 1990er Jahren. Dies erklärt, warum die Nation und ihr Leiden zum maßgeblichen Interpretationsrahmen wurden, auch wenn sich die Bedeutung der Nation selbst seit den 1990er Jahren gewandelt hat.

Ende der 1980er Jahre wurde es auf föderaler wie lokaler Ebene zunehmend schwierig, Informationen über die Katastrophe und die Versäumnisse bei ihrer Bewältigung zurückzuhalten, was sowohl an der nachweisbaren radioaktiven Belastung als auch an der fortschreiten-

01 Vgl. Chornobyl's'ke Dos'ie KGB: Suspil'ni Nastroi. Chaes U Postavariinyi' Period. Zbirnyk Dokumentiv Pro Katastrofu Na Chornobylskii AES [Das KGB-Dossier zu Tschernobyl: Öffentliche Meinung. Das Kernkraftwerk Tschernobyl in der Zeit nach dem Reaktorunfall. Eine Dokumentensammlung zum Super-GAU von Tschernobyl], Kyjiw 2019, hier besonders S. 4, S. 48.

02 Dazu ausführlicher George W. Breslauer, *On the Adaptability of Soviet Welfare-State Authoritarianism*, in: Erik Hoffmann/Robbin Laird (Hrsg.), *The Soviet Polity in the Modern Era*, New York 1984, S. 219–245.

den Liberalisierung der politischen Strukturen lag. Informationen verbreiteten sich schneller, die Zensur war geschwächt, Unzufriedenheit über politische und soziale Missstände konnte öffentlich geäußert werden. Zwischen 1989 und 1991 kam es zu Dutzenden Protestkundgebungen in Minsk, Kyjiw und anderen Orten in besonders stark kontaminierten Regionen; erste Karten der radioaktiven Belastung wurden veröffentlicht, und es erschienen viele Artikel, die sich kritisch mit der Krisenbewältigung durch die Behörden auseinandersetzten. Die Enthüllungen fanden kurz vor den ersten, zumindest in Teilen freien und demokratischen Parlamentswahlen der UdSSR in den Jahren 1989 und 1990 statt. Vertreter der Tschernobyl-Opfer wurden in den Obersten Sowjet sowohl der Union als auch der Republiken gewählt und konnten auf die Umsiedlung der Bewohner kontaminierter Gebiete und auf eine finanzielle Entschädigung der Opfer drängen.

Nationalistische Bewegungen wie die Volksbewegung der Ukraine (*Ruch*) oder die Belarussische Volksfront (BPF) waren treibende Kräfte bei den Tschernobyl-Protesten. Darüber hinaus trugen sie zusammen mit den nationalistischen Bewegungen in anderen Sowjetrepubliken zum Zusammenbruch der UdSSR bei. Sie waren eng verbunden mit der Umwelt- und Antiatomkraftbewegung und arbeiteten mit Liquidatoren und regimekritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Akademien der Wissenschaften der verschiedenen Sowjetrepubliken zusammen, die die offiziellen, von Moskau festgelegten Strahlenschutznormen als unzureichend kritisierten.

Die zentrale Rolle nationalistischer Gruppierungen in der Protestbewegung führte zu einer „Nationalisierung“ des öffentlichen Gedenkens an die Nuklearkatastrophe. Im öffentlichen Diskurs wurde der Reaktorunfall immer häufiger als Verbrechen, das die kommunistische Kolonialmacht an der ukrainischen und belarussischen Nation verübt hatte, ja sogar als „radioaktiver Genozid“ bezeichnet. Die einzige Möglichkeit für eine nationale Wiedergeburt und zur Rettung der Menschen vor den Folgen des Reaktorunfalls lag demnach in der vollständigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unabhängigkeit.⁰³

03 Dazu ausführlicher Tatiana Kasperski, *Les politiques de la radioactivité: Tchernobyl et la mémoire nationale en Biélorussie contemporaine*, Paris 2020.

Aufgrund der politischen Proteste und intensiven Medienberichterstattung beschlossen die Obersten Sowjets von Belarus, Russland und der Ukraine neue Gesetze, um die Folgen der Katastrophe abzumildern. Diese Maßnahmen waren Teil regionaler und föderaler Programme, die für den Fünfjahresplan von 1990 bis 1995 verabschiedet wurden und sich stark auf den föderalen Haushalt stützten. 1991 verabschiedeten das ukrainische und das belarussische Parlament jeweils Gesetze, die die Grundlage für den Umgang mit radioaktiver Kontamination und die Unterstützung der Opfer bildeten. Dabei wurden die Republiken je nach Ausmaß der Strahlenbelastung in verschiedene Zonen unterteilt, außerdem wurden verschiedene Kategorien geschaffen, aufgrund derer die Opfer eingestuft und ihr Anrecht auf Versorgung und Entschädigung ermittelt wurde. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung weiterhin aus den radioaktiv besonders stark belasteten Gebieten umgesiedelt.

Doch als die Ukraine und Belarus im Dezember 1991 unabhängig wurden, begann eine neue Phase im Umgang mit den Folgen von Tschernobyl: Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete auch das Ende der föderalen Finanzierung der Tschernobyl-Programme. Von da an mussten die ehemaligen Republiken – die neu entstandenen unabhängigen Staaten – die Folgen der Reaktorkatastrophe allein bewältigen. Angesichts der einsetzenden Rezession standen sie vor erheblichen finanziellen Schwierigkeiten, weshalb eine Reihe von Programmen angepasst und zusammengestrichen wurden.

MIT DER UNABHÄNGIGKEIT KOMMT DIE WIRTSCHAFTSKRISE

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dominierte die nationale Perspektive weiterhin das Narrativ des Reaktorunfalls, auch wenn sich die Definition der Nation hin zu den Nationalstaaten Belarus und Ukraine verändert hatte. Die antisowjetische Interpretation verlor zunehmend an Bedeutung. In der Ukraine wurde das Kernkraftwerk (KKW) Tschernobyl nun weniger als Symbol kolonialer Dominanz betrachtet, sondern als wichtiger Energielieferant, der für das wirtschaftliche Überleben des Landes unverzichtbar war.

Entsprechend energisch setzte sich die Ukraine zur Wehr, als sich europäische Länder und

Organisationen Ende der 1990er Jahre um die Stilllegung des Kraftwerks bemühten. Als Voraussetzung dafür, im Dezember 2000 den letzten noch arbeitenden Reaktor außer Betrieb zu nehmen, forderte die ukrainische Regierung die Fertigstellung von drei anderen Reaktoren an anderer Stelle, mit deren Bau noch zu Sowjetzeiten begonnen worden war. Derzeit sind im Land 15 Reaktoren in Betrieb, davon sechs unter russischer militärischer Besetzung im KKW Saporischschja.

In Belarus erlebte die sowjetische Vergangenheit nach dem Machtantritt von Präsident Alexander Lukaschenko 1994 einen Bedeutungswandel und wurde zunehmend wichtiger für den Prozess des Nationbuilding. Die Katastrophe von Tschernobyl wurde nicht länger als Versagen der kommunistischen Behörden angesehen, stattdessen zog man eine Parallele zwischen Tschernobyl und dem Zweiten Weltkrieg. Bereits zu Sowjetzeiten hatte sich die belarusische Identität auf den Sieg über den faschistischen Angreifer gestützt. Nun nährte der Vergleich mit dem Zweiten Weltkrieg die Interpretation, dass die Katastrophe quasi ein Feind von außen gewesen war, und legte den Schwerpunkt auf abstrakte Vorstellungen wie Schicksal, Tragödie und Verlust. Unter Lukaschenko verschrieb sich Belarus der Nutzung der Kernenergie und baute neue Atomkraftwerke; 2020 und 2023 wurden die ersten Reaktoren im KKW Belarus (Astrawez) in Betrieb genommen.

Das Gedenken an Tschernobyl wurde in beiden Ländern seiner Substanz beraubt und zunehmend von der individuellen und kollektiven Erinnerung und Erfahrung abgekoppelt. Der Fokus auf das Leid der Nation im öffentlichen Diskurs und bei Gedenkfeiern bewirkte, dass die Ursachen des Reaktorunfalls und die anhaltenden gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung von Belarus und der Ukraine in den Hintergrund rückten. In den späten 1980er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre hatten sich Tschernobyl-Opfer zusammengeschlossen und mit ihren Aktivitäten dafür gesorgt, dass die Erfahrungen der Umgesiedelten, der Liquidatoren oder der Eltern von Kindern aus den betroffenen Gebieten ins Blickfeld der Öffentlichkeit gelangten. Als Beispiele solcher Öffentlichkeitsarbeit sind zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände wie „Mama-86“ und die „Tschernobyl Union“ in der Ukraine sowie die „Kinder von Tschernobyl“, „Für die Kinder von Tschernobyl“ und „Umge-

siedelt“ (*Pereselents*) in Belarus zu nennen. Doch Ende der 1990er Jahre schwand das Interesse an den kollektiven Erinnerungen derjenigen, die Tschernobyl direkt erlebt hatten. Die Gründe dafür waren sowohl wirtschaftlicher als auch gesellschaftlicher Natur.

Aufgrund der schwierigen sozioökonomischen Lage stand bei vielen Opfern nun das bloße Überleben im Vordergrund. Da die Mittel für Umsiedlungsmaßnahmen und die Entschädigung der Opfer fehlten, blieb die staatliche Unterstützung für viele aus. Die staatlichen Medien konzentrierten sich in ihrer Berichterstattung auf die enormen Kosten der Tschernobyl-Hilfsprogramme und beschrieben den Reaktorunfall als wirtschaftliche Katastrophe, die umfangreichen Umsiedlungsaktionen wurden als überstürzt und womöglich sogar unnötig kritisiert. Nach dem anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang in den 1990er Jahren konnte sich die Ukraine die Entschädigungszahlungen nicht mehr in vollem Umfang leisten. Auch bei den Renten für Tschernobyl-Geschädigte und ihrer medizinischen Versorgung wurde gespart. Tschernobyl-Opfer, vor allem Liquidatoren, mussten darum kämpfen, Entschädigungszahlungen von einem Staat zu erhalten, der sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mehr und mehr aus dem sozialen Bereich und der Gesundheitsfürsorge zurückgezogen hatte.⁰⁴

Nachdem das gesamte System der Strahlenschutzmaßnahmen und Unterstützung unter Druck stand, richtete das ukrainische Parlament (Rada) 1994 einen ständigen Ausschuss ein, der sich mit den Budgetkürzungen und Streichungen befasste. Der Ausschuss traf sich Dutzende Male, oft sogar vor Ort in Schytomyr, Riwne, Tschernihiw, Kyjiw und Slavutytsch. Er unterstützte die Verabschiedung von neun Tschernobyl-Gesetzen, setzte sich für Steuervorteile für Nichtregierungs- und Wohltätigkeitsorganisationen ein und überwachte die Umsetzung von Regierungsbeschlüssen.

Doch die stetig steigenden Kosten für Umsiedlungen, Wiedereingliederung und medizinische Versorgung stellten den Ausschuss vor große Herausforderungen: Die jährliche Finanzierung schrumpfte, gleichzeitig stieg die Zahl der Empfänger, darunter auch viele Kinder. Letz-

⁰⁴ Vgl. Adriana Petryna, *Life Exposed: Biological Citizens After Chernobyl*, Princeton 2002.

ten Endes war die im Haushalt dafür eingeplante Summe zu gering, auch wenn 7 Prozent des jährlichen Budgets in soziale Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall flossen. Die Programme erhielten nur 10 oder 20 Prozent der eigentlich benötigten Mittel, und auch die Unterstützung durch die EU ging allmählich zurück. Der Ausschuss konzentrierte sich daraufhin auf die Organisation der Diagnostik, Behandlung und Prävention von Schilddrüsenkrebs, den Bau einer Klinik am Zentrum für Strahlenmedizin in Kyjiw und die Einrichtung von Behandlungszentren in den Provinzen.

Belarus lag direkt auf der Route, die die radioaktive Wolke nach dem Reaktorunfall genommen hatte. 2,4 Millionen Menschen in Tausenden Dörfern waren betroffen, einige davon wurden für immer entvölkert. Umsiedlungen und der freiwillige Wegzug aus den kontaminierten Gebieten zeigen bis heute wirtschaftliche Folgen, auch wenn versucht wurde, diese abzumildern. Bereits 1993 unternahm die Regierung erste Versuche, die Tschernobyl-Gesetze zu ändern, um die damit verbundenen Staatsausgaben zu senken. Doch die Mitglieder des Obersten Sowjet von Belarus, unterstützt von einigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sprachen sich gegen die Änderungen aus.

Mit der zunehmenden Konsolidierung des autoritären Regimes von Präsident Lukaschenko waren offene Debatten über den Umgang mit den Folgen des Reaktorunfalls nicht mehr möglich. Der kollektiven Mobilisierung der Tschernobyl-Opfer wurde durch Restriktionen für unabhängige NGOs ein Riegel vorgeschoben, auch die Arbeit der freien Presse und das Versammlungsrecht wurden eingeschränkt. Die Politik der Regierung zielte darauf ab, nach und nach alle Entschädigungs- und Rentenprogramme abzuschaffen. Bereits 1996 strich die Regierung die Zahl der Siedlungen zusammen, in denen das Leben aufgrund der Lage in kontaminierten Zonen als gefährdet galt, wodurch die Bewohnerinnen und Bewohner ihren Anspruch auf bestimmte Entschädigungsleistungen verloren.

VERSUCH EINER „NORMALISIERUNG“ DER KATASTROPHE

Seit Ende der 1990er Jahre arbeiten Regierung und Behörden in beiden Ländern, jedoch deut-

lich offensichtlicher in Belarus, an einer erneuten Nutzung der betroffenen Gebiete und versuchen, durch eine Kombination aus Strahlenschutz, landwirtschaftlichen Programmen und sozioökonomische Maßnahmen „normale“ Lebensbedingungen zu schaffen. Die Bemühungen wurden von internationalen Organisationen gefördert und unterstützt. In einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2002 wurde Tschernobyl vorwiegend als sozioökonomisches Problem dargestellt und argumentiert, der Staat könne sich die Unterstützung und Entschädigungszahlungen für die Betroffenen nicht leisten, geschweige denn Maßnahmen zur Gesundheitsfürsorge und für den Strahlenschutz.⁰⁵

Es folgten weitere Berichte von Organisationen der Vereinten Nationen wie der IAEO, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem UNSCEAR-Ausschuss (Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen atomarer Strahlung), die ebenfalls die Bedeutung der Strahlenbelastung für die breite Bevölkerung im Gefolge von Tschernobyl herunterspielten – die einzige Ausnahme war der nachweisliche Anstieg von Schilddrüsenkrebs bei Kindern. Andere gesundheitliche Probleme wurden mit psychologischen oder wirtschaftlichen Faktoren erklärt, weshalb kein Bedarf an umfassenderen und systematischeren Maßnahmen zum Strahlenschutz bestehe.⁰⁶

Als Reaktion auf die UN-Berichte zielten gleich mehrere internationale Projekte auf eine erneute Nutzung und Besiedlung der verstrahlten Gebiete ab. Zu den bedeutendsten Initiativen in der Ukraine zählt das Chernobyl Recovery and Development Programme (CRDP), das auf den UN-Empfehlungen von 2002 basiert und im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen durchgeführt wurde. Ziel des Programms war die Rückkehr zu einem normalen Leben. Durch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort unter Einbeziehung lokaler Akteure und Gemeinschaften sollte den

⁰⁵ Vgl. United Nations Development Project/United Nations Children's Fund, *The Human Consequences of the Chernobyl Nuclear Accident. A Strategy for Recovery*, New York 2002.

⁰⁶ Vgl. Olga Kuchinskaya, *The Politics of Invisibility. Public Knowledge About Radiation Health Effects After Chernobyl*, Cambridge 2014; Kate Brown, *Blinkered Science: Why We Know so Little About Chernobyl's Health Effects*, in: *Culture, Theory and Critique* 4/2017, S. 413–434.

Bewohnern der betroffenen Gebiete eine realistische Perspektive geboten werden.

In Belarus rief das staatliche Tschernobyl-Komitee zusammen mit den Vereinten Nationen, der Weltbank, der Europäischen Kommission und der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit das Programm CORE (Cooperation for Rehabilitation, 2003–2008) ins Leben. Das CORE-Programm sollte „den Menschen vor Ort das Gefühl der Kontrolle zurückgeben“ und die „Lebensbedingungen der Bewohner ausgewählter Bezirke verbessern, indem man sich direkt an die Menschen wendet und sie dabei unterstützt, spezifische und gemeinsame Projektvorschläge zu formulieren“.⁰⁷ Das in Hinblick auf die Beteiligten und die Projekte vielfältige Programm sollte als methodische Koordinationshilfe dienen. Entsprechend war das Budget auf die Koordinationsstruktur beschränkt: Die für die jeweiligen Projekte verantwortlichen Partner mussten selbst für die Finanzierung sorgen. Am Ende waren 146 Projekte registriert, mit einem Gesamtbudget von rund 9 Millionen Euro.

Die Bemühungen um eine „Normalisierung“ zeugen in beiden Ländern von einer Verlagerung des Schwerpunkts: weg von „außergewöhnlichen“ Maßnahmen wie Umsiedlungen aus kontaminierten Gebieten oder Entschädigungszahlungen für diejenigen, die weiter dort leben, und hin zu einer langfristigen Verbesserung der Lebensbedingungen in einer radioaktiv belasteten Umgebung. Zu diesem Ansatz gehörte auch, die Bevölkerung zu schulen, Radioaktivität als „normalen“ Bestandteil ihres Alltags zu betrachten und die individuelle gesundheitliche Belastung zu reduzieren. Die Menschen in den belasteten Gebieten sollten lernen, proaktiv damit umzugehen. Auf praktischer Ebene bedeutete diese Strategie der Normalisierung, dass die Betroffenen sich selbst um ihre Gesundheit kümmern mussten: darauf achten, was sie aßen, welche Pilze und Beeren sie im Wald sammelten, wie sie ihr Essen zubereiteten und so weiter – während nichts unternommen wurde, die Strahlenbelastung an sich zu reduzieren. Dieses „Tschernobyl-Empowerment“ ging, wie die Historikerin

07 Cooperation for Rehabilitation (CORE), *Sotrudnichestvo dlja reabilitatsii uslovii zhizni v postradashikh ot Chernobyl'skoi katastrofy raionakh Belarusi: 2004–2008* [Kooperation zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen in den von Tschernobyl betroffenen Regionen in Belarus], Homel 2009, o. S. (eigene Übersetzung).

und Soziologin Sezin Topçu erklärt, einher mit einem neuen, neoliberalen Ansatz im Umgang mit Gesundheitsrisiken in den radioaktiv belasteten Gebieten.⁰⁸

RUSSISCHE BESATZUNG UND ERNEUTE TSCHERNOBYL-ÄNGSTE

Die vermutlich spektakulärste Entwicklung beim Bemühen um eine Normalisierung nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl war jedoch der Bau einer neuen Schutzhülle über dem noch aus Sowjetzeiten stammenden ersten Sarkophag, die 2016 fertiggestellt wurde. Der unter großem Zeitdruck und gefährlichen Bedingungen Ende 1986 errichtete Sarkophag war von Anfang an fragil, daher wurden schon bald internationale Gespräche über den Bau einer zweiten Schutzvorrichtung über der alten aufgenommen, doch aufgrund politischer und finanzieller Unstimmigkeiten verzögerte sich das Vorhaben, weshalb die Bauarbeiten erst 2010 begannen. Das von den G7-Ländern finanzierte gewaltige „New Safe Confinement“ (auch schlicht „Tschernobyl-Bogen“ genannt) wurde mit einigem Abstand zum Reaktor errichtet, um die Arbeiter keiner allzu hohen Strahlenbelastung auszusetzen, und dann im November 2016 auf speziellen Schienen langsam zu seiner endgültigen Position über dem alten Sarkophag geschoben. Der hochradioaktive Schutt darunter wird irgendwann rückgebaut und eingelagert werden müssen – ein langwieriger Prozess, der sich über Jahrzehnte hinziehen wird und dessen Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Die Bemühungen, den Ort des Reaktorunfalls so gut wie möglich zu sichern, wurden allerdings im Februar 2022 untergraben, als Russland seinen Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine ausdehnte und die Sperrzone rund um Tschernobyl mehrere Wochen lang besetzte. Die russischen Truppen wirbelten radioaktiven Staub auf, drangen in Labore ein, zerstörten und stahlen die Ausrüstung, durchwühlten Proben und verursachten insgesamt einen Schaden in Höhe von über 50 Millionen Euro.⁰⁹

08 Sezin Topçu, *Chernobyl Empowerment? Exporting „Participatory Governance“ to Contaminated Territories*, in: Soraya Boudia/Nathalie Jas (Hrsg.), *Toxic World. Toxicants, Health and Regulation Since 1945*, London 2013, S. 135–158.

09 Vgl. Laurence Peter, *Ukraine War: Chernobyl Scarred by Russian Troops' Damage and Looting*, 3. 6. 2022, www.bbc.com/news/world-europe-61685643

Zwar wurde die Sperrzone schließlich wieder geräumt, doch die dortigen Einrichtungen sind aufgrund des anhaltenden Krieges weiter bedroht. Am 14. Februar 2025 traf eine russische Drohne das Dach des New Safe Confinement, beschädigte die äußere Hülle und verursachte einen Brand. Russische Truppen besetzten auch das KKW Saporischschja, das leistungsstärkste Kernkraftwerk Europas, wodurch die sechs Reaktoren – und ganz Europa – erneut der Gefahr einer nuklearen Katastrophe ausgesetzt sind.

Die Bedeutung von Tschernobyl hat sich im Laufe der vergangenen vier Jahrzehnte verändert: vom Nuklearunfall von internationaler Tragweite zur nationalen Katastrophe und weiter zum Interpretationsrahmen für miteinander konkurrierende Ansätze beim lokalen und nationalen Gedenken. Die einen verbinden mit Tschernobyl die verspätete Evakuierung vulnerabler Menschen, die anderen vorschnelle Notfallmaßnahmen, deren Kosten weit höher waren als die Vorteile für die betroffene Bevölkerung. Tschernobyl ist das Epizentrum persönlicher und gemeinschaftlicher

Tragödien – Kinder, Liquidatoren und Landwirte wurden einem hohen Maß an gefährlicher Strahlung ausgesetzt. Und erschreckenderweise ist es auch ein Ort, an dem sich das Leben wieder normalisieren soll. Doch der russische Überfall auf die Ukraine im Verbund mit russischen Angriffen auf ukrainische Nuklearanlagen erinnert uns daran, dass sich das Vermächtnis von Tschernobyl nicht in Wochen oder Dekaden bemessen lässt, sondern noch über Jahrtausende weiterbestehen wird – in verlassenen Dörfern, leeren Fabriken, den Körpern krebskranker Kinder und auf dem Schlachtfeld.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim

TATIANA KASPERSKI

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Södertörn Universität in Stockholm, Schweden. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Politik- und Umweltgeschichte Osteuropas und insbesondere der Nukleargeschichte der Ukraine und Belarus.

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



STRAHLENDE LANDSCHAFTEN

Das bleibende Erbe der sowjetischen Nuklearmoderne

Klaus Gestwa

Als am 26. April 1986 im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl der Reaktorblock 4 explodierte, entpuppte sich das zuvor von der internationalen Kernenergieobby bagatellierte Restrisiko als existenzielle Bedrohung. Atomwolken suchten große Teile Europas heim. Der damals freigesetzten Radioaktivität waren besonders die rund 650 000 „Liquidatoren“ ausgesetzt, die zur Katastrophenbekämpfung und bei Aufräumarbeiten oftmals ohne angemessene Schutzkleidung in unmittelbarer Nähe des Unglücksreaktors zum Einsatz kamen.

In der Sowjetunion lebten acht Millionen Menschen in den durch den radioaktiven Fallout kontaminierten Gebieten. Besonders betroffen war Belarus. Aber auch weite Landstriche in der Ukraine und Russland galten als stark strahlenbelastet. Eine hohe Strahlendosis bekamen die Menschen im näheren Umfeld Tschernobyls ab. Etliche wurden aus der nach dem Super-GAU eingerichteten 30-Kilometer-Sperrzone und anderen stark kontaminierten Gebieten – meist viel zu spät – evakuiert. Über 330 000 Menschen verloren damals ihre Heimat. Für viele stellte dies einen traumatischen Verlust dar.⁰¹

Als Ersatz für die unweit des Unglücksreaktors gelegenen Städte Prypjat und Tschernobyl entstand jenseits der Sperrzone in Slawutytsch eine von Fachkräften und Bautrupps aus acht Sowjetrepubliken aus dem Boden gestampfte Planstadt.⁰² Dieses letzte Bauprojekt der jahrzehntelang gepriesenen sowjetischen Vielvölkerfreundschaft diente als neue Heimstatt für die Menschen, die in Tschernobyl die drei intakten Reaktorblöcke in Betrieb hielten, bis die ukrainische Regierung diese nach internationalem Druck 2000 stilllegte. Noch heute geben der Rückbau des Kernkraftwerks und die Bekämpfung der Spätfolgen des Super-GAUs den Menschen in Slawutytsch Beschäftigung.

Unmittelbar nach der Atomkatastrophe setzte der sowjetische Parteistaat eine gewaltige Verwaltungs-, Industrie- und Militärmaschinerie in

Betrieb. Der moldauisch-ukrainische Fotojournalist Igor Kostin, der die Aufräumarbeiten dokumentierte, sprach von kriegsähnlichen Szenen, die ihm aus Vietnam und Afghanistan bekannt seien.⁰³ Auch die belarussische Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch schrieb, dass damals „fast alle Attribute des Krieges präsent waren: viele Soldaten, Evakuierungen, verlassene Behausungen. Die Zerstörung des normalen Lebens. Die Zeitungsberichte über Tschernobyl strotzten vor militärischen Begriffen: Atom, Explosion, Helden.“⁰⁴

OFFENBARUNGSEID DER SOWJETMODERNE

Als 1986 ein in Eiltempo errichteter Sarkophag die strahlende Reaktorrue umhüllte, erschien dies wie ein symbolischer Prozess der Grablegung der sowjetischen Industriegesellschaft, die angeblich die „beste Technik der Welt“ geschaffen hatte.⁰⁵ Der ukrainische Atomphysiker Wladimir Tschernoussenko, der am explodierten Reaktor Strahlenschutzmaßnahmen organisierte, sprach von einem furchtbaren Offenbarungseid: „Das Feuer von Tschernobyl hat Licht in die dunklen Ecken unseres Systems gebracht, in jene Winkel und Orte, die zu übersehen wir so lange bestrebt waren.“⁰⁶

Auch der im März 1985 zum starken Mann im Kreml aufgestiegene Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Michail Gorbatschow, der mit seiner Politik der „Perestroika“ die längst überfällige Modernisierung der Sowjetmoderne verkündete, erkannte in der Reaktorkatastrophe einen „schrecklichen Beweis dafür, dass (...) das frühere System seine Möglichkeiten erschöpft hatte. Zugleich aber, und eben das ist die Ironie der Geschichte, wirkte sie sich verheerend auf die in Angriff genommenen Reformen aus, ja brachte unser Land förmlich aus dem Gleis.“⁰⁷

POLITISCHE KETTENREAKTIONEN

Tatsächlich versagte die von Gorbatschow unter dem Slogan „Glasnost“ angekündigte ehrliche Informationspolitik bei ihrem ersten Realitätstest. Aus Angst, die Wahrheit über die Ursachen und Folgen des Atomdesasters in Tschernobyl könne einen Autoritätsverlust der Partei herbeiführen, gab die sowjetische Führung des kommunistischen Parteistaats in Form eines Verlautbarungsjournalismus nur das zu, was sich kaum mehr zurückhalten ließ. Der Schutz des Staatsapparats erhielt Vorrang vor dem Informationsrecht und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung.

Der Super-GAU betraf mit seinen sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen jedoch so viele Menschen, dass sich die Geheimhaltung und Vertuschung kaum aufrechterhalten ließen. Wilde Gerüchte verbreiteten sich. Am zweiten Jahrestag des Super-GAUs machten Demonstrierenden bei Protesten in Kyjiw ihrem Zorn gegen das offizielle Schweigekartell öffentlich Luft: Sie warfen den Machthabenden in Moskau und Kyjiw Unverantwortlichkeit vor und forderten lautstark eine ehrliche Berichterstattung.⁰⁸

Im Frühjahr 1989 musste die Moskauer Führung dem starken öffentlichen und internationalen Druck nachgeben. Glasnost galt nun auch für den Atomsektor. Die sowjetischen Medien deckten fortan schonungslos das Versagen des staatlichen Katastrophenmanagements genauso auf wie den politischen Informations-GAU. Die Vorwürfe der sträflichen Verharmlosung, der allseitigen Gleichgültigkeit und der unzulänglichen

Versorgung erschütterten das Vertrauen in die Institutionen des sowjetischen Parteistaats. Nach der Auswertung von 40 streng geheimen Protokollen aus dem Kreml schlussfolgerte die ukrainische Journalistin Alla Jaroschinskaja entrüstet: „Das wichtigste und schrecklichste Isotop, das sich aus dem Reaktorschlot freisetzte, fehlt gerade in der Tabelle von Mendelejew: Es ist Lüge-86. Der Betrug war genauso global, wie die Katastrophe global war.“⁰⁹

Die hitzige Debatte um Tschernobyl löste politische Kettenreaktionen aus. Im August 1989 kam es in Kyjiw zu einem großen Protestmarsch, der mit einer Massenversammlung im Fußballstadion des Vereins FK Dynamo Kiew endete. Die Menschen trugen Fahnen in den traditionellen Farben der Ukraine, Blau und Gelb, die von der zuvor gegründeten Nationalbewegung Ruch übernommen worden waren. Auf einem Spruchband stand: „Wir fordern einen Nürnberger Prozess für Tschernobyl.“ Als im Oktober 1990 über 100 000 Menschen im Zentrum Kyjiws zur zweiwöchigen „Revolution auf Granit“ zusammenkamen und die Weichen für den Weg zu einer unabhängigen, demokratischen Ukraine stellten, machte der ungeheuerliche Vorwurf eines vom Moskauer Zentrum geplanten „nuklearen Genozids“ an der ukrainischen Bevölkerung die Runde. Zur gleichen Zeit verhinderten Massenproteste den geplanten Bau neuer Kernkraftwerke – so beispielsweise die Errichtung eines Atommeilers auf der ukrainischen Halbinsel Krim.¹⁰

PLUTONIUM-DESASTER IM SÜDURAL

Bei der medialen und politischen Aufarbeitung von Tschernobyl richtete sich der Blick bald auch auf längst vergangene Nuklearkatastrophen. Als Mitte Juli 1989 der stellvertretende Minister für Atomindustrie Boris Nikipelow das Gebiet Tscheljabinsk bereiste, sprach er erstmals öffentlich von einem schweren Atomunfall, der sich am 29. September 1957 im nahegelegenen Produktionskomplex Majak ereignet hatte. Anschließend

01 Vgl. Melanie Arndt, *Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe*, Göttingen 2020, S. 67–144.

02 Vgl. Ievgeniia Gubkina, Slavutych. *Architectural Guide*, Berlin 2015; Wolodymyr Tunik-Frys, Slavutytsch. *Zukunftssuche zwischen Tschernobyl und Russlands Krieg*, 9.4.2026, www.dekoder.org/de/article/tschernobyl-slawutytsch-krieg-wirtschaft.

03 Igor Kostin, *Tschernobyl. Nahaufnahme*, München 2006, S. 8.

04 Svetlana Alexijewitsch, *Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft*, Berlin 2011, S. 43.

05 Adam Higginbotham, *Mitternacht in Tschernobyl. Die geheime Geschichte der größten Atomkatastrophe aller Zeiten*, Frankfurt/M. 2024, S. 337–360.

06 Wladimir Tschernoussenko, *Tschernobyl. Die Wahrheit*, Reinbek 1992, S. 72.

07 Michail Gorbatschow, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 289.

08 Vgl. Kostin (Anm. 3), S. 120.

09 Alla Jaroschinskaja, *Verschlusssache Tschernobyl. Die geheimen Dokumente aus dem Kreml*, Berlin 1994, S. 148.

10 Vgl. Kostin (Anm. 3), S. 124–127; Jane Dawson, *Eco-Nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine*, Durham–London 1996.

verfasste Nikipelow dazu einen ausführlichen Bericht für die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO).

Die Geschichte dieser sogenannten Kyschtym-Katastrophe steht im Zusammenhang mit dem erklärten Ziel der Sowjetunion, die USA in der Atomwaffenproduktion einzuholen. Ende der 1940er Jahre ließ Stalin im Südurals unter strenger Geheimhaltung und von tausenden Zwangsarbeitkräften das Plutoniumkombinat Majak erbauen. Diese kerntechnische Anlage war, genauso wie die für ihre Belegschaft errichtete Stadt Osjorsk, auf Karten nicht verzeichnet und umfassend abgeschottet.

Die Kombination aus politischem Druck und aus Unwissen über die Folgen der Radioaktivität führte in Majak zu desaströsen Unfällen. Nachdem es 1949 durch die Einleitung radioaktiver Abwässer schon zur schweren Kontamination des Flusses Tetscha und der an seinen Ufern gelegenen 39 Ortschaften gekommen war, explodierte am 29. September 1957 nach einer Störung des Kühlsystems ein Behälter mit flüssigen Abfällen. Der radioaktive Fallout der sich bildenden 1000 Meter hohen Wolke verstrahlte ein 23 000 Quadratkilometer großes Gebiet, das heute als „Radioaktive Osturalspur“ bekannt ist. Dort mussten schätzungsweise 12 000 Menschen ihre Heimatdörfer verlassen. In den 1990er Jahren bewertete die IAEO die Kyschtym-Katastrophe auf der Internationalen Bewertungsskala für nukleare und radiologische Ereignisse (INES) mit der zweithöchsten Stufe 6 – und damit nach Tschernobyl sowie später nach Fukushima als den bis heute drittschwersten Atomunfall.¹¹

1967 erfolgte im Südurals eine weitere massive Verbreitung radioaktiver Aerosole. Damals war der als Endlagerstätte für gefährliche Abwässer genutzte Karatschai-See infolge einer Dürre ausgetrocknet. Starke Winde wehten den hochverstrahlten Staub vom vormaligen Seegrund auf und trugen ihn fort. 5000 Einwohner nahegelegener Siedlungen bekamen eine hohe Strahlendosis ab.¹²

11 Vgl. Kate Brown, *Plutopia. Nuclear Families, Atomic Cities, and the Great Soviet and American Plutonium Disasters*, Oxford 2013; Laura Sembritzki, „Nukleares Naturschutzgebiet“ im Süd-Ural. Atommüllkatastrophen und Strahlenschutz in der Sowjetunion, Dissertation, Heidelberg 2026.

12 Vgl. Nadežda Kutepova, Die Wiederaufbereitungsanlage von Majak, in: *Osteuropa* 7–9/2020, S. 235–251.

DAS ATOMWAFFENTESTGELÄNDE SEMIPALATINSK

1989 richtete sich das Enthüllungsinteresse ebenfalls auf Semipalatinsk in der Steppe Ostkasachstans. Auf dem dortigen Atomwaffentestgelände hatten zwischen 1949 und 1989 insgesamt 467 atmosphärische, über- und unterirdische Atombombenexplosionen stattgefunden, die zusammengerechnet der Schlagkraft von 2500 Hiroshima-Bomben entsprachen. Das Testareal überschneidet sich mit Sommer- und Winterweiden, die von der lokalen Bevölkerung für ihr Vieh genutzt wurden. Zudem breitete sich der radioaktive Niederschlag aus den atmosphärischen Atomtests in Ostkasachstan weit aus. Diese großflächige Verstrahlung erstreckte sich bis zur Großstadt Semipalatinsk (heute Semej). Durch die atomaren Explosionen wurden insgesamt 1,5 Millionen Menschen in Ostkasachstan direkt der Strahlung ausgesetzt oder waren indirekt durch kontaminiertes Wasser sowie verstrahlte Milch und Lebensmittel betroffen.¹³

Ein im August 1963 geschlossenes internationales Abkommen hatte zwar Kernwaffenexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verboten. Auf dem Testgelände in Semipalatinsk dauerten die unterirdischen Versuche aber an. Explosionen ließen die Erde immer wieder beben. Durch Risse im Boden drangen radioaktive Gase an die Oberfläche – so auch am 12. Februar 1989, als die Menschen in Kasachstan begannen, öffentlich die Schließung des Testgeländes zu fordern.

Der kasachische Literat Olschas Sulejmenow rief bald darauf die transnationale Nevada-Semipalatinsk-Bewegung ins Leben, um gemeinsam mit der Partnerorganisation in den USA auf ein Ende aller Atomwaffentestprogramme hinzuwirken. Die Stilllegung des Testareals in Semipalatinsk erfolgte am 29. August 1991.¹⁴

Viele Einheimische wollen auch heute ihre kontaminierte Heimat nicht aufgeben. Deshalb haben sie sich ihr Leben in und mit der nuklearen Landschaft eingerichtet: Sie lassen ihre Nutztiere in verstrahlten Gebieten weiden und nehmen

13 Vgl. Togzhan Kassenova, *Atomic Steppe. How Kazakhstan Gave Up the Bomb*, Stanford 2022.

14 Vgl. Matthew A. Evangelista, *The Nevada-Semipalatinsk Movement. Transnational Activism in a Time of Transition*, in: *Journal of Cold War Studies* 2/2025, S. 69–111.

so in Kauf, sich durch den Verzehr von Fleisch sowie Milchprodukten einer zusätzlichen radioaktiven Belastung auszusetzen. Manche schwimmen sogar in den glasklaren, aber radioaktiv verseuchten Seen, die sich in den durch die atomaren Testexplosionen entstandenen Bombenkratern gebildet haben. In vielen Fällen bleibt dies nicht folgenlos.¹⁵

GESUNDHEITLICHE FOLGEN

Seit den 1950er Jahren entwickelte sich im Südrural und in Ostkasachstan eine medizinische und radioökologische Forschungsinfrastruktur, um vor Ort durch die systematische Untersuchung der strahlungsexponierten sozialen Gruppen und Ökosysteme fundierte Ergebnisse über Langzeitfolgen zu erarbeiten. Diese Strahlenexpertise litt unter dem Mangel an Ressourcen und der strikten Geheimhaltungspolitik. Die engagierte Diskussion um die von erhöhter Radioaktivität ausgehenden Bedrohungen fand so in der Realität des sowjetischen Strahlenschutzes nur wenig Beachtung.¹⁶

Als im Juli 1989 in Semipalatinsk die erste wissenschaftliche Konferenz zu den Folgen der Atomtestexplosionen stattfand, sprach Saim Balmuchanow, der Direktor des örtlichen Instituts für Radiologie, mit Bezug auf das Umland des Testgeländes von einem markanten Anstieg der Fehlgeburten, Krebserkrankungen, psychischen Nöte, geistigen Behinderungen und Selbstmorde.¹⁷

Eine schwere Gesundheitskrise mit deutlich erhöhten Erkrankungs- und Todesraten konstatierten auch Studien zu verstrahlten Gebieten im Südrural sowie in Belarus und in der Ukraine. Auf der Grundlage dieser regionalen Befunde führte im Jahr 2005 der „Nationale Tschernobyl-Bericht“ allein für die Ukraine bereits 17 500 zusätzliche Todesfälle auf den Super-GAU zurück. In

den kontaminierten Gebieten in Belarus galten nur 20 Prozent der dort lebenden Kinder damals als gesund. Hinzu kamen eine erhöhte Säuglingssterblichkeit, auffällig viele Immundefizite sowie Katarakte und psychosoziale Nöte. Letztere setzten dem Wohlbefinden der Menschen stark zu und lassen sich nicht einfach als unbegründete „Radiophobie“ abtun.¹⁸

Die Aussagekraft derartiger alarmierender Berichte zweifelten einige internationale Organisationen mit dem Hinweis auf ihre mangelhafte Wissenschaftlichkeit an. Als Ursache für den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung führten sie weniger die erhöhten Strahlendosen, sondern vielmehr die schlechte Hygiene, falsche Ernährung und eine ungesunde Lebensweise an.¹⁹ Diese Sichtweise wurde im 2005 veröffentlichten zweiten Bericht des Tschernobyl-Forums vertreten, an dem unter der Leitung der IAEO und der World Health Organization (WHO) acht internationale Institutionen und auch Regierungsbehörden Russlands sowie Belarus' und der Ukraine mitwirkten. Neben den 1986 an akuter Strahlenkrankheit verstorbenen 50 Einsatzkräften erkannte der Bericht lediglich 4000 zusätzliche Krebstote durch die Folgen des Super-GAUs an.²⁰

Diese niedrigen Opferzahlen lösten Kritik vonseiten der ukrainischen und belarussischen Akademie der Wissenschaft sowie internationaler Umweltschutzorganisationen aus. Mit Bezug auf ukrainische, belarussische und russische Studien thematisierte beispielsweise Greenpeace die schwere Gesundheitskrise in den betroffenen Gebieten und sprach von mindestens 200 000 Todesopfern infolge der Atomkatastrophe.²¹

15 Vgl. Magdalena E. Stawkowski, *Atomic Collective. Radioactive Life in Kazakhstan*, Toronto 2025.

16 Vgl. Olga Nikonova, *Between Profession and Politics. Specialists in Radiation Medicine at the Plutonium Plant No. 817 in the Chelyabinsk Region*, in: Susanne Bauer/Tanja Pentler (Hrsg.), *Tracing the Atom. Nuclear Legacies in Russia and Central Asia*, London–New York 2022, S. 67–83.

17 Vgl. Susanne Bauer, *The Local Health Impact of Atmospheric Nuclear Weapons Testing. Cancer Epidemiology in Areas Adjacent to the Semipalatinsk Nuclear Test Site, Kazakhstan*, Frankfurt/M. 2006.

18 Dazu ausführlicher Astrid Sahn, *Dimensionen einer Katastrophe*, in: APuZ 13/2006, S. 12–18, hier S. 17; Alexander M. Danzer/Natalia Danzer, *The Long-Term Effects of the Chernobyl Catastrophe on Subjective Well-Being and Mental Health*, Bonn 2011; José A. Tapia, *Chernobyl and the Mortality Crisis in Eastern Europe and the Former USSR*, Berlin-Boston 2022.

19 Vgl. Olga Kuchinskaya, *The Politics of Invisibility*, Cambridge MA 2014.

20 Vgl. IAEO, *Das Tschernobyl Forum: 2003–2005. Zweite überarbeitete Ausgabe. Das Erbe von Tschernobyl. Einflüsse auf Gesundheit, Umwelt sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse*, Wien 2006.

21 Vgl. z. B. Sebastian Pflugbeil, *Alle Folgen liquidiert? Die gesundheitlichen Auswirkungen von Tschernobyl*, in: *Osteuropa* 4/2006, S. 81–103; Ian Fairlie/David Sumner, *The Other Report on Chernobyl (TORCH)*, Berlin–Brüssel–Kijiw 2006; Greenpeace, *The Chernobyl Catastrophe*, Amsterdam 2006.

Dieser Streit um die Strahlentoten zeigt, dass es bis heute andauernde Unsicherheiten und Kontroversen in der Einschätzung der ökologischen, medizinischen und sozialökologischen Konsequenzen von Nukleardesastern gibt. Der Grund dafür liegt vor allem in den stark voneinander abweichenden wissenschaftlichen und moralisch-ethischen Grundannahmen bei der Bewertung der Schädlichkeit radioaktiver Strahlung. Ein Konsens zeichnet sich nicht ab. Im Gegenteil: Die Fronten wirken weiterhin verhärtet. Was den einen als berechnete Strahlenangst gilt, erscheint anderen als überzogene „Radiophobie“.²²

Zuletzt wies eine Studie am Beispiel von in Tschernobyl verstrahlten Vätern nach, dass DNA-Schäden zwar vererbbar sind, sich die damit verbundenen Mutationen allerdings nicht auf die zentralen Funktionen in Zellen auswirken. Daher entsteht daraus nur selten eine Erkrankung. Gleichwohl unterstreicht der Befund, dass Strahlenexpositionen genetische Spuren hinterlassen. Folglich bedarf es Schutzmaßnahmen für die langfristige Überwachung von Menschen, die beruflich oder durch Unfälle radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen sind.²³

NUKLEARE WILDNIS

Schon während der 1950er Jahre fanden im Südrural radioökologische Studien zu den Auswirkungen von Strahlung auf Flora und Fauna statt. 1966 wies man eine besonders stark kontaminierte Zone der „Radioaktiven Osturalspur“ als Naturschutzgebiet aus, um hier ungestört zu untersuchen, wie Radionuklide in den Boden, in Pflanzen und in die Nahrungskette gelangen. Weitere Forschungen zeigten, dass sich die Pflanzenwelt mittels genetischer Veränderungen der Strahlung anzupassen vermag. Diese erhöhte Mutagenität geht allerdings mit einer geringen Überlebensrate der Pflanzen infolge genetischer Instabilität einher.²⁴

22 Vgl. Melanie Arndt, Tschernobyl – die bekannte, unbekanntere Katastrophe, in: APuZ 12–13/2016, S. 3–10; Kate Brown, *Manual for Survival. A Chernobyl Guide to the Future*, London 2019.

23 Vgl. Fabian Brand et. al., Evidence for a Transgenerational Mutational Signature from Ionizing Radiation Exposure in Humans, in: *Scientific Reports* 15/2025, <https://doi.org/10.1038/s41598-025-07030-5>.

24 Vgl. Vera N. Pozolotina et. al., *Sovremennoe sostojanie nazemnyh ekosistem Vostočno-Ural'skogo radioaktivnogo sleda*, Jekaterinburg 2008, S. 177–181.

Ähnliche Beobachtungen gibt es für Tschernobyl. Im Umkreis von sieben Kilometern um den Unglücksreaktor überlebten im Sommer 1986 nur wenige Würmer, Insekten, Spinnen, Bakterien und Mikroorganismen. Bald danach starb auch ein Großteil der Nagetiere. Der Rückgang der Populationen fiel bei Vögeln und größeren Wildtieren ebenfalls dramatisch aus. Nach dieser destruktiven Akutphase begann die Natur allmählich wieder, sich zu erholen. Flora und Fauna entwickelten unterschiedliche Mechanismen, um sich der Strahlung anzupassen. Strahlungsresistentere Birken und Laubbäume eroberten den abgestorbenen Nadelwald. Bei Würmern und Wölfen entdeckten Forscher und Forscherinnen Genmutationen, die das Risiko verringern, an Krebs zu erkranken.

Inzwischen hat sich die Sperrzone um Tschernobyl in ein seltsames Naturreservat mit einer beachtlichen Artenvielfalt verwandelt. Hier erleben internationale Forscherteams, wie Wölfe, Luchse, Elche, Rothirsche und Braunbären durch unberührte Wälder streifen. 1998 wurden sogar Wisente, die schwerste Tierart Europas, zusammen mit 21 vom Aussterben bedrohten Przewalski-Pferden erfolgreich ausgewildert.

Auch der vormalige Hafen von Tschernobyl hat sich zu einem Habitat für Wasservögel entwickelt. Uferschwalben, Kormorane, Reiher, Kraniche und über hundert weitere Vogelarten leben hier. Sogar der seltene Schwarzstorch und der Seeadler nisten in Sichtweite. Ähnliches fiel im Südrural 2023 bei einer Expedition zum durch Staudämme geschaffenen Seenkomplex am massiv nuklear kontaminierten Fluss Tetscha auf. Angezogen von üppigen Fischbeständen, hatten sich hier seltene Vogelarten niedergelassen. Allerdings reichern sich in Fischen, Vögeln und Tieren derart viele Radionuklide an, dass zulässige Grenzwerte um ein Vielfaches überschritten werden. Der Verzehr ist darum für Menschen strikt untersagt.²⁵

So idyllisch radioökologische Schutzgebiete erscheinen mögen: Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen weisen auch darauf hin, dass die

25 Vgl. Swetlana Syromolotowa, Лебединое озеро возле „Маяка“: как живут птицы на промышленных водоемах (Lebedinoe ozero vozle „Majaka“). *Kak živut pticy na promyšlennyh vodoemach*, 31.8.2023, <https://strana-rosatom.ru/2023/08/31/lebedinoe-ozero-voze-mayaka-kak-zhiv>.

Strahlenbelastung einen Effekt auf die Tiere hat. Fehlbildungen, Tumore und andere Abnormitäten führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. In welchem Ausmaß das geschieht, darüber findet seit einigen Jahren eine intensive radioökologische Fachdebatte statt.²⁶

Einvernehmen besteht darüber, dass der Rückzug des Menschen die negativen Strahlungsauswirkungen mehr als nur ausglich. Nachdem vor 1986 im Gebiet um Tschernobyl Wälder gerodet, Sümpfe trockengelegt und Flüsse begräbt worden waren, holte sich die Natur nach dem Super-GAU ihren verlorenen Lebensraum zurück. Die Tiere in der Sperrzone profitieren davon, dass sie, befreit vom Druck menschlicher Besiedlung, weder gejagt noch durch industrielle, land- oder forstwirtschaftliche Faktoren gestört werden. Die Sperrzone um Tschernobyl wirkt darum heute mit ihrer nuklearen Wildnis wie ein Fenster in eine ferne Vergangenheit, bevor es den Menschen gab – oder in eine postapokalyptische Zukunft, in der es den Menschen nicht mehr gibt.

AKTUELLE BEDROHUNGEN DURCH FEUER UND KRIEG

Die Strahlenwerte in der Sperrzone um Tschernobyl sind nach 40 Jahren zwar gesunken. Aber die 1986 massenweise freigesetzten Strontium-, Uran- und Plutonium-Isotope machen mit langen Halbwertszeiten eine dauerhafte menschliche Besiedlung über Jahrhunderte hinweg unmöglich. Besonders bedrohlich wird es für das nukleare Landschaftsidyll, wenn radioaktiv kontaminierte Wälder und Graslandschaften brennen. Dann können die in der Biomasse und in den obersten organischen Bodenschichten enthaltenen Radionuklide in die Atmosphäre freigesetzt und über weite Strecken fortgeweht werden. Begünstigt durch eine extrem trockene Witterung und außergewöhnlich hohe Temperaturen hat es in der Umgebung von Tschernobyl sowie in den nuklearen Landschaften des Südrals und Ostkasachstans während der vergange-

nen 20 Jahre mehrere schwere Wald- und Steppebrände gegeben.²⁷

Wie gefährlich der Aufenthalt in radioökologischen Naturreservaten ist, wenn Strahlenschutzbestimmungen ignoriert werden, zeigte sich nach dem 24. Februar 2022. Damals fuhren russische Truppenverbände bei ihrem Feldzug Richtung Kyjiw mit Panzern durch die demilitarisierte Sperrzone und wirbelten große Mengen radioaktiven Staubs auf. Zugleich hoben russische Soldaten an stark kontaminierten Orten Gräben aus und gingen damit ein Gesundheitsrisiko ein. Am stillgelegten Kraftwerk unterbrachen die russischen Besatzer auch die Stromversorgung und Kommunikationsverbindungen. Darüber hinaus beschädigten sie wichtige Sicherheits- und Laborausrüstung.²⁸

Sorgen bereitet auch der marode Zustand des 1986 um die weiter strahlende Reaktorruine errichteten Betonsarkophags. Seit 2019 umschließt ihn eine 2 Milliarden Euro teure, technisch hockkomplexe Schutzhülle. Im Februar 2025 durchschlug eine russische Drohne diese neue 108 Meter hohe und 257 Meter breite Hightechkuppel. Seitdem wird daran gearbeitet, die volle Schutzfunktion des Stahlmantels wiederherzustellen.²⁹

UNSICHTBARKEIT UND UNÜBERSCHAUBARKEIT

Nach der Reaktorexlosion in Tschernobyl fuhr den Menschen in Europa nicht nur ein Schrecken, sondern auch die Strahlung des damals freigesetzten „friedlichen Atoms“ in die Knochen. Das Unheimliche der Radioaktivität ergibt sich aus ihrer Unsichtbarkeit. Sie schädigte langsam und in aller Stille. Zudem lassen sich Kausalitäten mit dem Hinweis auf andere Risikofaktoren verschleiern.

Angesichts dieser – bis heute fortgesetzten – Unüberschaubarkeit der Nuklearkatastrophe dienen die Berechnungen von Opferzahlen sowie das gern ins Bild gesetzte Naturidyll der

26 Vgl. z.B. Nick A. Beresford/Ethel M. Scott/David Coppelstone, Field Effects Studies in the Chernobyl Exclusion Zone. Lessons to Be Learnt, in: Journal of Environmental Radioactivity 211/2020, <https://doi.org/10.1016/j.jenvrad.2019.01.005>; Timothy A. Mousseau, The Biology of Chernobyl, in: Annual Review of Ecology, Evolution, and Systematics 1/2021, S. 87–109.

27 Vgl. Bundesamt für Strahlenschutz, Waldbrände in der Umgebung von Tschernobyl, 16.3.2026, www.bfs.de/DE/themen/ion/notfallschutz/notfall/tschernobyl/waldbrand.html.

28 Vgl. IAEA, Nuclear Safety, Security and Safeguards in Ukraine. February 2022 – February 2023, Wien 2023, S. 15–16.

29 Vgl. Florian Kellermann, Beschädigte AKW-Schutzhülle, 8.7.2025, www.tagesschau.de/ausland/europa/tschernobyl-sarkophag-beschaedigungen-100.html.

Sperrzone dazu, einer durch den Super-GAU komplett aus den Fugen geratenen Welt eine neue Ordnung zu geben. So faszinierend die radioökologischen Schutzgebiete als einzigartiges Freiluftlaboratorium für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auch sind und so beeindruckend der Selbstbehauptungskampf von Flora und Fauna dort erscheint, darf darüber nicht vergessen werden, dass nukleare Landschaften als Orte des katastrophalen Verlusts und großen Leids Gestalt angenommen haben.

Die Erinnerung an diese folgenreiche Schattenseite der sowjetischen Nuklearmoderne und an das bleibende Erbe des Super-GAUs ist heute mehr denn je geboten, weil die russische Staatsholding Rosatom das sowjetische Atomprojekt erinnerungskulturell verklärt und mit neuen Reaktortypen pathetisch eine „Kettenre-

aktion der Erfolge“ beschwört. Als Zukunftstechnologie unbeirrt gepriesen wird die Kernenergie gleichwohl in der Ukraine, in Belarus und Kasachstan, sodass auch hier die nuklearen Landschaften kaum mehr als Menetekel wirken.

KLAUS GESTWA

ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Wissenschafts-, Technik- und Umweltgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Alles Wichtige aus dem Bundestag – seit 1951



Testen Sie die Wochenzeitung “Das Parlament”
vier Ausgaben kostenlos.

VON TSCHORNOBYL NACH SAPORISCHSCHA

Nukleare Technopolitik in der Ukraine zwischen sowjetischem Erbe, Nationalisierung und Krieg

Anna Veronika Wendland

Am 26. April 2026 jährt sich der Unfall im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl zum vierzigsten Mal. Der sicherlich erstaunlichste historische Befund über diese ukrainische Nationalkatastrophe ist die Tatsache, dass sie nicht zu einem Atomausstieg führte – übrigens genauso wenig wie der Unfall von Fukushima in Japan. Das ist insbesondere für Deutsche erklärungsbedürftig, die ja diese beiden Erinnerungsorte längst in ihre eigene Atomausstiegsgeschichte eingeschrieben haben. Es ist aber durchaus auch für die Ukraine erklärungsbedürftig, wenn man betrachtet, dass die Kernenergie in ihren Anfängen überhaupt nicht dazu angetan war, einmal zu einer der wichtigsten ukrainischen Industrien und, vor dem Hintergrund des Krieges, sogar zu einem Identitätsanker der ums Überleben kämpfenden ukrainischen Nation zu werden. „Es gab keine ukrainische Kernenergie, es gab eine sowjetische Kernenergie in der Ukraine“, so formulierte es der erste Leiter der Atomaufsichtsbehörde in der unabhängigen Ukraine, Nikolaj Schtejnberg.⁰¹

WIE DIE KERNENERGIE IN DIE UKRAINE KAM

Als die Kernenergie in die Ukraine kam, war sie ein imperiales Projekt der Sowjetunion in den Flusslandschaften der Ukraine, die auf diesem Wege zu Energielandschaften aufgerüstet wurden. Die Kernkraftwerke folgten der Wasserkraft, die bereits seit den 1930er Jahren mit den „Großbauten des Stalinismus“ die ukrainischen Naturlandschaften verändert hatte. Hydrotechnische Spezialisten spielten auch eine große Rolle beim Bau der Kernkraftwerke. Wasserkraft-Ingenieure wirkten bei Projektierung und Bau von Leistungsreaktoren mit, und sie errichteten Kühlseen, Staustufen

und Einlaufbauwerke, um auch kleinere Flüsse mit stark schwankenden Wasserständen für den Betrieb großer Reaktorblöcke aufzurüsten.⁰²

Tschernobyl war vor der Ankunft der Kernenergie ein Landstädtchen an der Mündung des Usch in den Prypjat, rund einhundert Kilometer nördlich von Kyjiw. Seine jahrhundertelange Tradition als Sitz einer berühmten chassidischen Rabbinerdynastie und einer großen jüdischen Gemeinde war ein Raum des Zusammenlebens von Ukrainern, Juden und Polen, den erst die stalinistischen Terrorjahre, dann die deutschen Nazi-Besatzer ausgelöscht hatten. Das Tschernobyl der Nachkriegsjahre war eine unauffällige sowjetische Kreisstadt mit Dampferstation auf der Route von Kyjiw nach Pinsk und Standort einer bescheidenen Agrarindustrie – und ein Geheimtipp für erholungsuchende Kyjiwer Großstädter, die in der verwunschenen Auwald- und Sumpflandschaft am Prypjat zelteten, paddelten, angelten und ethnologische Expeditionen unternahmen. Sie trafen auf archaische Dörfer, wo die Menschen einen schwer verständlichen Dialekt sprachen, mangels Straßen mit dem Boot zum Markt fuhren und Waldbienen in ausgehöhlten Kiefernstämmen züchteten.⁰³

Es war das Wasser in der Sumpflandschaft Polesien, das die Aufmerksamkeit der Moskauer Energieplaner auf sich zog. Ende der 1960er Jahre litt die westliche Ukraine unter Strommangel, denn die neu aufgebaute Maschinenbau-, Elektro- und Nahrungsmittelindustrie, aber auch die Elektrifizierung der Landwirtschaft benötigten große Mengen Strom. Jeden Winter kam die ukrainische Elektrizitätswirtschaft an ihre Grenzen, weil die Wetterbedingungen die Belieferung der Kraftwerke mit Kohle aus dem Donbass gefährdeten. In dieser Situation erschien die neuartige Kernenergie wegen ihrer Rohstoffsparsamkeit und Leistungsdichte als ideale Lösung, konnte man doch mit ei-

ner Reaktorbeladung Millionen von Haushalten ein Jahr lang versorgen und den Kernbrennstoff kompakt auf dem Kraftwerksgelände lagern. Die nordwestliche Ukraine bot ideale Bedingungen für Kernkraftwerke – Wasserreichtum für die riesigen Kühlwasserbedarfe, die nötige Nähe zu den Verbrauchszentren, Bahnlinien und Hochspannungsnetzen, aber auch eine ausreichend geringe Bevölkerungsdichte. Letztere war eine Sicherheitsbedingung des sowjetischen kerntechnischen Regelwerks, die aus bitteren Erfahrungen mit Unfällen und radioaktiven Freisetzungen in der militärischen Atomindustrie der 1940er und 1950er Jahre resultierte.

Und so landete 1969 das „friedliche Atom“, wie man in der Sowjetunion die zivile Kernenergie nannte, wie ein Raumschiff der Tech-Moderne im archaischen Sumpfland von Tschornobyl. Zunächst kam ein Hubschrauber, der Parteifunktionäre und Ingenieure zum ersten Spatenstich für das Kernkraftwerk auf einer Wiese nahe des Dörfchens Kopatschi absetzte – Straßentransport war damals noch sehr mühsam, die tauglichste Verbindung zur Außenwelt war eine Eisenbahnlinie, die in der Nähe verlief, und die Schiffsroute nach Kyjiw.⁰⁴

Die Kreisstadt Tschornobyl lieh dem neuen Atomkraftwerk, das achtzehn Kilometer weiter nördlich errichtet wurde, ihren Namen, allerdings in seiner russifizierten Form: *Tschernobyl*. In Sichtweite des Kraftwerks wurde für seine Belegschaft eine „Atomstadt“ errichtet – *atomgrad* nannte man diese Siedlungen auch in Presse und Propaganda. Die neue Stadt Prypjat, die am Ufer des gleichnamigen Flusses entstand, brachte ganz neue Bau- und Lebensformen in eine Landschaft, in der es zuvor fast nur ein- bis zweistöckige Holzhäuser gegeben hatte. Nun wuchsen helle sozialistische Plattenbauten in die Höhe, ein

Kulturpalast, Sportstätten, Restaurants, Buchhandlungen, Krankenhäuser, Schulen – Prypjat war die jüngste Stadt der Sowjetukraine und ein Schaufensterprojekt ihrer stolzen kommunistischen Eliten. 1977 ging der erste Block des Kernkraftwerks Tschernobyl ans Netz.

Anders als in Deutschland, wo zur selben Zeit die Bauplatzbesetzungen und Demonstrationen von Wyhl, Gorleben, Brokdorf und Grohnde Schlagzeilen machten, wurde die Kernenergie Anfang der 1970er Jahre in der Ukraine willkommen geheißen – wer sie nicht bewillkommnete oder an der Standortwahl zweifelte, was es mitunter gab, konnte seine Bedenken allenfalls in engen Expertenkreisen oder zu Hause am Küchentisch äußern. Eine Antiatombewegung gab es nicht, und wenn es sie gegeben hätte, wäre sie, wie die ungefähr zeitgleich aktive ukrainische Dissidentenbewegung, aufgelöst und mit Lagerhaft bestraft worden. Aber selbst die Dissidenten machten die Atomkraft als solche nicht zum Stein des Anstoßes – sie trieb eher um, dass die Industrialisierung auch eine Russifizierung mit sich brachte.

DIE UKRAINE UND DIE SOWJETISCHE ATOMWIRTSCHAFT

Doch die staatsloyalen sowjetukrainischen Intellektuellen, die Partei-, Industrie- und Wissenschaftseliten waren voller Stolz und Selbstbewusstsein über die Position der Ukraine als *secunda inter pares* im sowjetischen Atomstaat. Neben den Russen waren die Ukrainer die zweitwichtigste Nation in der expandierenden Atomindustrie. Ukrainer betätigten sich nicht nur im eigenen Land als nukleare Kolonisatoren, sondern auch in den nichtrussischen Sowjetrepubliken Litauen, Armenien oder Kasachstan, wo sie von den Einheimischen als „Russen“ wahrgenommen wurden. Denn auf den Anlagen, in den Nuklearforschungsinstituten, im Uranabbau und in den geheimen Kernwaffenproduktionsstätten war die Betriebssprache eine imperiale: Russisch. Das Umgangs-Ukrainisch, häufig auch der regionale Dialekt der einfachen Atomarbeiter in den Maschinenhäusern der ukrainischen Kernkraftwerke, blieb lange eine nichtoffizielle Sprache. Auch ukrainischsprachige Ingenieure, die aus dem renommierten Polytechnischen Institut in Lwiw (Lemberg) in die Kernkraftwerke kamen, wurden angewiesen, auf Schicht nicht Ukrainisch zu sprechen.

Dem riesigen militärisch-industriellen Komplex der sowjetischen Atomindustrie stand ein

01 Zit. nach Tatiana Kasperski, *Nuclear Dreams and Realities in Contemporary Russia and Ukraine*, in: *History and Technology* 1/2015, S. 55–80, hier S. 58.

02 Vgl. Per Högselius/Achim Klüppelberg, *The Soviet Nuclear Archipelago. A Historical Geography of Atomic-Powered Communism*, Budapest 2024, S. 50–56.

03 Zur Landschaft von Tschornobyl, das Polissja (Polesien), siehe Svetlana Boltovska, *Local Identities in Ukrainian Polesia and Their Transformation Under the (Post-)Soviet Nuclear Economy*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 3/2019, S. 445–477.

04 Vgl. Anna Veronika Wendland, *Nuclearizing Ukraine – Ukrainizing the Atom. Soviet Nuclear Technopolitics, Crisis, and Resilience at the Imperial Periphery*, in: *Cahiers du Monde Russe* 2–3/2019, S. 335–367.

Ukrainer vor, Juchym (russ. Jefim) Slavskij, der Minister für „mittleren Maschinenbau“, abgekürzt *MinSredMasch*, eine Codebezeichnung für Reaktorbau und Kernbrennstoffzyklus. Der Ingenieur und Abkömmling einer ostukrainischen Kosakenfamilie war das nukleare Gegenstück des sowjetukrainischen Parteichefs und Nationalkommunisten der 1960er Jahre, Petro Schelest, der eine Ingenieurskarriere als Werksdirektor in der Rüstungs- und Luftfahrtindustrie gemacht hatte und die Kernenergie in die Ukraine holte. Beide wären im Traum nicht auf die Idee gekommen, eine Eigenständigkeit der Ukraine zu verlangen: Sie waren sowjetukrainische Patrioten. Slavskij sorgte dafür, dass eine der kasachischen Atomstädte den Namen des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko erhielt, der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Nähe in der Verbannung gesessen hatte. Für Slavskij wie für Schelest konnte es eine starke Ukraine nur im Verbund mit Russland in einer starken Sowjetunion geben. Das Verhältnis der Ukrainer zur Kerntechnik war also ambivalent: Wenn sie sich als gute Sowjetbürger gaben, standen ihnen alle Wege offen – wenn sie die kulturelle Hierarchie infrage stellten, der zufolge die Russen die herrschende Kultur und alle anderen nur Nationalitäten seien, gab es Schwierigkeiten.⁰⁵

SOWJETUKRAINISCHE ATOMGRADY

Die Selbstdarstellung der sowjetukrainischen Kernenergie war die einer naturkompatiblen Alternative zu den ökologischen Verwüstungen in den ukrainischen Schwerindustriegebieten. Die erste populärwissenschaftliche Publikation über das Kernkraftwerk (KKW) Tschernobyl präsentierte die Anlage als Techno-Idyll in einer unberührten Naturlandschaft, in der akademisch gebildete, weiß gekleidete Spezialisten ihren Dienst taten.⁰⁶

Das entsprach zwar nicht den sozialen Realitäten der Atomstädte, wo es ein deutliches soziales Gefälle gab: hier die Tausenden von Bauarbeitern und Handwerkern, die jahrelang in Bauwagen, Ba-

racken und Wohnheimen leben mussten, dort die Atomspezialisten, die bevorzugt mit Wohnraum versorgt wurden. Doch insgesamt schätzten sich alle Bewohner des ukrainischen *atomgrad* glücklich, in einer privilegierten Stadt zu leben, ob in Prypjat oder in Kusnezowsk (seit 2015 Warasch) beim Kernkraftwerk Riwna, in Netischyn beim KKW Chmelnyzkyj, in Piwdennoukrainsk beim gleichnamigen KKW, oder in Enerhodar beim KKW Saporischschja, das zum größten Kernkraftwerk Europas ausgebaut wurde. Die „Energetiker“ waren stolz, in Hightech-Anlagen zu arbeiten und ihr Land mit Strom zu versorgen. Von diesem Stolz – und vom Alltag des Lebens mit dem Atom – kündeten viele private Fotoarchive. Zur selben Zeit wie die Kernkraftwerke kam nämlich auch die Kleinbildkamera in die sowjetische Gesellschaft, und viele Techniker und Ingenieure waren auch begeisterte Hobbyfotografen, die ihre Kollegen, ihre Schicht, ihr Kraftwerk und ihre Stadt aufnahmen und ihre je eigenen Kolonistengeschichten erzählten. Die Erinnerungsalben aus Prypjat wurden nach dem Unfall auf Erinnerungswebseiten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht – in den anderen ukrainischen Atomstädten, die bis heute wie Prypjat leben, zieren sie die Stadtmuseen und Informationszentren.⁰⁷

UNFALLERFAHRUNG UND UNFALLBEWÄLTIGUNG

Im Inneren der Kernkraftwerke herrschte, wie in der gesamten sowjetischen Atomwirtschaft, ein Regime strengen Gehorsams, das Selbstkritik und Fehlerdiskussionen verunmöglichte oder zumindest sehr erschwerte. Es war der Entscheidung des einzelnen Vorgesetzten überlassen, wie viel „questioning attitude“ zugelassen wurde und ob ein Fehler eine Diskussion und Verbesserung oder einen Vertuschungsversuch zur Folge hatte. Das war eine der systemischen Randbedingungen für die Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. Ein Funktionstest an den elektrischen Anlagen des vierten, neuesten Blocks im Kraftwerk Tschernobyl brachte durch eine unglückliche Verkettung von Umständen die Anlage außer Kon-

⁰⁵ Vgl. ebd.; dies., Tschernobyl – Tschornobyl: Ein ukrainischer Erinnerungsort mit globaler Bedeutung, 26. 4. 2021, <https://ukra-ineverstehen.de/wendland-tschernobyl-tschornobyl>.

⁰⁶ Vgl. I. D. Morochov/A. K. Grigorjanc/V. P. Brjuchanov (Hrsg.), Černobyl'skaja AĖS s reaktorom RBMK-1000. Pervaja na Ukra-ine, Otrassevoj vystavočnoj centr, special'nyj ėksperimental'nyj chudožestvenno-konstruktorskij otdel, Kyjiv 1978.

⁰⁷ Vgl. Anna Veronika Wendland, Inventing the Atomograd. Nuclear Urbanism as a Way of Life in Eastern Europe, 1970–2011, in: Thomas Bohn et al. (Hrsg.), The Impact of Disaster. Social and Cultural Approaches to Fukushima and Chernobyl, Berlin 2015, S. 261–287.



„Das Kernkraftwerk Tschernobyl mit RBMK-Reaktor. Das erste in der Ukraine“ (Kiev 1978) war eine der ersten umfassend bebilderten Broschüren über Kernenergie in der Ukraine. Den Titel zierte eine schematisierte Darstellung des Reaktorkerns, das Vorsatzblatt zeigte das Kernkraftwerk in der Auwaldlandschaft Polesien im Aquarellstil zusammen mit den Betriebsinsignien.

Quelle: I.D. Morochov/A.K. Grigorjanc/V.P. Brjuchanov (Hrsg.), Černobyl'skaja AĖS s reaktorom RBMK-1000. Pervaja na Ukraine, Otrasl'noj vystavočnoj centr, special'nyj ěksperimental'nyj chudožestvenno-konstruktorskij otdel, Kyjiw 1978.

trolle. Eine nukleare Leistungsexkursion zerstörte das Reaktorgebäude, und das hochradioaktive Inventar des Reaktorkerns verteilte sich mit den Luftströmungen einer fröhsummerlichen Südostwetterlage über ganz Europa. Damit wurde der Unfall zur transnationalen Katastrophe, die weit weg vom Unfallort politische Verwerfungen und kerntechnische Reformbemühungen auslöste.

Über 50 Menschen starben in den ersten Tagen und Wochen nach dem Unfall qualvoll an akuter Strahlenkrankheit. Die meisten waren Mitarbeiter des Kraftwerks, Ersthelfer sowie Feuerwehrleute, die durch selbstlosen Einsatz vermutlich weit Schlimmeres zu verhüten halfen. Die Weltgesundheitsorganisation rechnet als Spätfolge mit rund 4000 vorzeitigen Todesfällen durch Krebserkrankungen. Ein Gebiet von 2600 Quadratkilometern im Nordwesten des Verwaltungsbezirks Kyjiw, das zusammen mit ausgedehnten Gebieten im südlichen Belarus und westlichen Russland am stärksten vom radioaktiven Fallout be-

troffen war, wurde zwischen April 1986 und 1995 evakuiert, insgesamt 170 000 Menschen verloren für immer ihr Zuhause und fast alles, was sie besessen hatten. Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden des Unfalls wird auf rund 170 Milliarden Euro geschätzt.

An der „Liquidierung“, der Beseitigung des Unfalls, waren rund 600 000 Menschen aus allen Teilen der Sowjetunion beteiligt – die letzte große gemeinsame Anstrengung der Sowjetunion vor ihrer Auflösung fünf Jahre später. Das erinnerte viele Menschen an den Kampf gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg, und die symbolische Sprache der Unfallbewältigung wurde in den ersten Jahren nach Tschernobyl bewusst an die Kriegserfahrung angelehnt. Doch zunächst griff die sowjetische Führung – der Reformrhetorik des neuen Parteichefs Michail Gorbatschow Hohn sprechend – auf alte Verhaltensmuster zurück. Schuldige wurden gesucht und gefunden, um das System der sowjetischen Atomwirtschaft



In den 1970er Jahren wurde die Kernenergie Teil des Alltags vieler Ukrainer, die in Atomstädten wie Prypjat lebten und arbeiteten. Die evakuierten Prypjater haben nach dem Unfall ihre Stadt in (digitalen) Archiven wiederaufleben lassen. Der Elektriker Ivan Zholud stellte seine privaten Fotoalben zur Verfügung, hier ein Foto seiner Kinder auf einem Ausflug zum später verunglückten Block 4 des Kernkraftwerks (das Gebäude links des Abluftkamins), Dezember 1983.

Quelle: Ivan Zholud, pripyat-city.ru.

nicht infrage stellen zu müssen. Eine Reihe von Sündenböcken aus der Kraftwerksleitung und der Betriebsmannschaft von Tschernobyl wurden in einem Schauprozess zu harten Gefängnisstrafen verurteilt. Die Version vom „menschlichen Versagen“ und Fehlern der Betriebsleitung wurde auch der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) auf ihrem Kongress im Sommer 1986 präsentiert.

Erst vier Jahre später, kurz vor dem Ende der Sowjetunion, legte eine neu berufene Untersuchungskommission einen Bericht vor, der die systemischen Unfallursachen benannte. Der grafitmoderierte Druckröhren-Siedewasserreaktor RBMK (*Reaktor Bolschoi Moschtschnosti Kanalnyj*), eine sowjetische Eigenentwicklung, die bis dahin ein hohes Prestige als sowjetischer „Na-

tionalreaktor“ besessen hatte, war konstruktiv fehlerhaft ausgelegt. Die Betriebsmannschaften am Ende der Befehlslinien waren jedoch systematisch vom Informationsfluss über diese Mängel ausgeschlossen worden. Gleichzeitig sorgte mangelnde Automatisierung des Reaktorschutzes im RBMK dafür, dass die Anlagenfahrer Eingriffe ins System hatten vornehmen können, die die Randbedingungen für den späteren Unfallverlauf herstellten. Auch kam nun heraus, dass seit 1975 schwere Störfälle mit Brennelementschäden aufgrund der physikalischen Instabilitäten in RBMK-Anlagen belegt waren, und dass Messreihen bei der Inbetriebsetzung von RBMK-Anlagen die unfallträchtigen neutronenphysikalischen Eigenarten des Reaktors offengelegt hatten.⁰⁸ Diese Befunde, aber auch die anfängliche Verheimlichung des Unfallausmaßes, zerstörten das Vertrauen der Sowjetbürger in Staat und Atomexperten. Gleichwohl wurde Tschernobyl zur ersten öffentlichen Katastrophe der sowjetischen Geschichte, von der sogar Bilder gezeigt wurden, wenn auch zensierte.⁰⁹

In der Ukraine löste Tschernobyl eine ganze Reihe von Prozessen aus, die das Ende der Sowjetunion zwar nicht auslösten, aber zumindest katalysierten. Es wurde offen von den systemischen Mängeln der kommunistischen Diktatur gesprochen – und die eingübte kulturelle, politische und ökonomische Hierarchie wurde infrage gestellt. Nun gab es unangenehme Fragen nach der Kernenergie als imperialem Oktroi und nach dem Moskauer Zentralismus als Erstursache des Unfalls. Gleichzeitig organisierten Menschen sich zu sozialen Protesten und thematisierten die mangelhafte Versorgung mit Wohnraum, Lebensmitteln und medizinischer Betreuung in den radioaktiv belasteten Gebieten. Ambivalenzen wie die recht erfolgreiche Einwurzelung der sowjetischen Atomanlagen in der ukrainischen Provinz und die breite Beteiligung von Ukrainern an der sowjetischen Nukleargeschichte wurden nun ausgeblendet. Das neue ökonationale Narrativ stilisierte die Ukrainer vor allem als Opfer der Moskauer Technokraten, die Kernkraftwerke

⁰⁸ Vgl. IAEA, INSAG-7: The Chernobyl Accident, Updating of INSAG-1. A Report by the International Nuclear Safety Advisory Group, Wien 1992.

⁰⁹ Vgl. Anna Veronika Wendland, Tschernobyl: (K)eine Visuelle Geschichte. Nukleare Bilderwelten in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, in: Melanie Arndt (Hrsg.), Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl, Berlin 2016, S. 182–210.

wurden als Russifizierungsagentur und Fremdkörper im eigenen Land dargestellt. Der Tschernobyl-Unfall war in dieser Lesart der Sargnagel für die Sowjetunion und der Ansatzpunkt für die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung.¹⁰

VON DER IMPERIALEN ZUR VERFLOCHTENEN NATIONALEN TECHNOLOGIE

Kaum war die Ukraine unabhängig, entdeckten die ukrainischen Eliten die Kernenergie neu. Nun, unter den Bedingungen einer massiven Versorgungskrise, schien sie ein unabhängigkeitstiftendes Potenzial zu bieten. Ein 1990 noch im Geiste des Ökonationalismus verhängtes AKW-Baumortatorium wurde 1993 vom ukrainischen Parlament aufgehoben. Erst im Jahr 2000 wurde das Kernkraftwerk Tschernobyl, dessen verbliebene Blöcke seit Ende 1986 sukzessive wieder ans Netz genommen worden waren, endgültig stillgelegt. Ersetzt wurden diese Kapazitäten durch die Vollendung von liegengebliebenen Atombaustellen: in Saporischschja, Riwne und Chmelnyzkyj gingen neue Reaktorblöcke in Betrieb, das Hochspannungsnetz wurde ausgebaut, die Atomaufsicht nach US-Vorbild reorganisiert, Kooperationsbeziehungen mit westlichen Gutachterorganisationen und Lieferanten aufgebaut. Auf den Anlagen hielt die ukrainische Amtssprache Einzug.

Doch blieb die ukrainische Atomwirtschaft bis zur Annexion der Krim 2014 noch stark mit Russland verflochten. Die ukrainische Kernkraftwerksbetreiberin Enerhoatom orderte Brennelemente von TVEL, einer Tochterfirma des staatseigenen russischen Atomkonzerns Rosatom, transportierte abgebrannten Kernbrennstoff zur Wiederaufbereitung nach Russland und hatte Kooperationsbeziehungen mit russischen Forschungsinstituten. Auch umgekehrt funktionierte die Verflechtung: Die ukrainische Reaktorstahl-Schmiede Enerhomachspetsstal war ein Tochterunternehmen der russischen Holding Atomenergomasch und fertigte Komponenten für die russischen Kernkraftwerksprojekte.¹¹ In der Moskauer Filiale der

WANO, des Weltverbandes der Kernkraftwerksbetreiber, arbeiteten russische und ukrainische Ingenieure gemeinsam bei der Betreuung von Peer Reviews in Kernkraftwerken sowjetischer Bauart.

Vor der russischen Totalinvasion hatte die Ukraine einen Atomstromanteil von rund 50 Prozent an der Gesamtstromproduktion, und noch in der ersten Kriegswoche wurde das ukrainische Stromnetz mit dem europäischen Verbundnetz ENTSO-E synchronisiert – ein wichtiger technischer und symbolischer Schritt der Ukraine in Richtung der Europäischen Union (EU). Ukrainische Politiker und Wirtschaftsführer träumen heute von Stromexporten in die EU und von einer blühenden Energiewirtschaft mit Kernkraftwerken und erneuerbaren Energien, die endgültig die Gasverflechtung mit und die Abhängigkeit von Russland beenden würde. Diese Träume hat der russische Angriffskrieg, der vor allem auf die Zerstörung der ukrainischen Energiewirtschaft abzielt, einstweilen zunichte gemacht.

In dieser allmählichen Transformation der Kernenergie von der imperialen zur international verflochtenen Nationaltechnologie hat sich auch die Bedeutung von Tschernobyl-Tschernobyl als Erinnerungsort verändert. Er rückte aus der Erinnerung der Mitlebenden allmählich in den Status eines fernen historischen Ereignisses und ritualisierten nationalen Gedenktages. Zahlreiche Denkmäler und ein zentrales Museum in Kyjiw erinnern heute in der Ukraine an die nationale Katastrophe. Die Atomindustrie ist an dieser Erinnerungskultur nicht beteiligt – es ist die Zivilgesellschaft, manchmal auch Stadtverwaltungen, die in die Gedenkstätten investieren, und es sind Tschernobyl-Veteranen, die sich im Museum in Kyjiw engagieren.¹² Die Stadtmuseen der Atomstädte, die gleichzeitig als Informationszentren der Kernkraftwerke dienen, sparen die bittere Erfahrung von Tschernobyl aus, obwohl zahlreiche Beschäftigte der ukrainischen Schwesteranlagen dort als „Liquidatoren“ Dienst getan hatten. Gleichzeitig entwickelte sich seit den 2010er Jahren ein florierender *dark tourism* rund um die Sperrzone von Tschernobyl. Mit „Chernobyl Tours“ und anderen Dienstleistern konnte man Erkundungsfahrten nach Prypjat unternehmen und das Kraftwerk besichtigen; sogar spezielle Touristenkarten von der „Zone“ gibt

¹⁰ Vgl. Jane I. Dawson, *Eco-Nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine*, Durham 1996.

¹¹ Vgl. Ukraine's EMSS Audited as Supplier to Finnish NPP, 12. 4. 2026, www.neimagazine.com/news/ukraines-emss-audited-as-supplier-to-finnish-npp-4862334.

¹² Vgl. Anna Veronika Wendland, *Ukrainian Memory Spaces and Nuclear Technology. The Musealization of Chornobyl's Disaster*, in: *Technology and Culture* 4/2020, S. 1162–1177.

es inzwischen.¹³ Tschernobyl erfuhr als Erinnerungsort also eine neue Form von Inwertsetzung, aber auch eine Normalisierung.

KERNENERGIE IM KRIEG

Mit der russischen Völlinvasion im Februar 2022 wurde ein ganz neues und nicht weniger dramatisches und ambivalentes Kapitel in der ukrainischen Atomgeschichte aufgeschlagen. Als in den ersten Kriegstagen das stillgelegte KKW Tschernobyl und die laufende Anlage Saporischschja angegriffen und besetzt wurden, war das ein Novum in der Weltgeschichte. Gleichzeitig gab der Krieg Anlass zu höchster Besorgnis über Reaktorunfälle als Folge von Kriegshandlungen. Die ukrainischen Kernkraftwerke wurden zu Geiseln in der Angstkommunikation des hybriden Krieges: Während Moskau mit seinen Atomdrohungen auch auf die Ängste westlicher Länder setzte, um eine Entsolidarisierung mit der Ukraine zu erreichen, kämpfte Kyjiw mit überzeichneten Katastrophenszenarien um die Unterstützung der Weltöffentlichkeit.

Auch für die Beschäftigten in der Atomindustrie stellte der russische Angriff eine enorme physische und psychische Belastung dar. Schockiert nahmen die ukrainischen Kernkraftwerker zur Kenntnis, dass Kollegen, mit denen sie studiert oder im selben Kraftwerk ihre Lehrjahre verbracht hatten, den Krieg, auch den Angriff auf Kernkraftwerke, offen billigten und sich sogar an ihm beteiligten, indem sie etwa als Angestellte von Rosatom das von Russland besetzte KKW Saporischschja übernahmen. Nun wurden alle Beziehungen gekappt; die Versorgung mit Brennelementen hatten die Ukrainer in weiser Vorausschau bereits seit den 2010er Jahren schrittweise auf den US-Hersteller Westinghouse umgestellt. Doch auch von innen kamen die Schockwellen: Im Mittelpunkt des jüngsten Korruptionsskandals in der ukrainischen Regierung stand das Energieministerium, dessen Leitung sich mit überfeuerten Aufträgen des Staatskonzerns Enerhoatom bereichert hatte.¹⁴

13 Siehe etwa Sebastian Marciak, Prypeć: Czarnobyl-2: plan miasta/Pripyat: Chernobyl-2: City Map 1:4000, Warschau 2018.

14 Vgl. Luke Harding, Ukraine's Energy Sector Corruption Crisis – What We Know So Far and Who Was Involved, 19. 11. 2025, www.theguardian.com/world/2025/nov/19/ukraine-energy-sector-corruption-crisis.

15 Vgl. Anna Veronika Wendland, Das Kernkraftwerk Zaporizžja. Kriegsschauplatz und Testfall der Reaktorsicherheit, in: Osteuropa 10–11/2023, S. 125–161.

Das besetzte und seit September 2022 abgeschaltete Kernkraftwerk Saporischschja wurde nicht weniger als zehnmals von seiner Netzanbindung abgeschnitten und musste tagelang, in einem Falle sogar über mehrere Wochen, im Notstrombetrieb verharren. Die sicherheitswichtigen Verbraucher der Nachkühlssysteme wurden solange von Diesellaggregaten versorgt. Das ist eine anormale Betriebsweise, die eigentlich nur für wenige Stunden Netzausfall vorgesehen ist. Nach allen vorliegenden Informationen haben die sechs Reaktoren, die nach mehreren Jahren Stillstand allerdings nur noch geringe Mengen von Nachzerfallwärme abführen müssen, diese Herausforderungen stabil überstanden. Doch wurde Saporischschja auch zum Symbol für die Leiden und Gefahren, denen die ukrainische Bevölkerung unter russischer Besatzung ausgesetzt ist: Zwangsrussifizierung, Aussperrung von Mitarbeitenden, die keine russischen Arbeitsverträge unterschreiben wollten, Verschwindenlassen und Folter gegen Mitglieder der Belegschaft finden im ganzen Land großen Widerhall.

Auch die laufenden ukrainischen Anlagen Riwne, Chmelnyzkyj und Piwdennoukrajinsk erlitten aufgrund gezielten Beschusses ihrer Großschaltanlagen bereits alle erdenklichen Betriebsfälle, von Reaktorschnellabschaltung und Notstromfall über Lastabwurf auf Eigenbedarf bis hin zum erzwungenen Teillastbetrieb.¹⁵ Immer wieder müssen Reparaturtrupps ausgesandt werden, um die zerschossenen Umspannwerke und Leitungen instand zu setzen, häufig unter Lebensgefahr. Im Eiswinter 2025/26 wuchsen die ukrainischen Kernkraftwerke in einen allseits respektierten Status als Stütze der ukrainischen Energiewirtschaft hinein, nachdem fossile und Wasserkraftkapazitäten in erheblichem Ausmaß infolge von Kriegseinwirkungen den Betrieb einstellen mussten. Heute genießt die Energiewirtschaft, insbesondere die nukleare, in der Ukraine einen ähnlichen Heldenstatus wie die Verteidigungsarmee und die Eisenbahn. Sie wird als Infrastruktur wahrgenommen, die das Land am Laufen hält und für Zusammenhalt sorgt. Das wird sich voraussichtlich auch positiv auf das Image der ukrainischen Kernenergie im sehnlich erhofften Frieden auswirken.

ANNA VERONIKA WENDLAND

ist Osteuropahistorikerin am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg und widmet sich insbesondere der Technik- und Umweltgeschichte mit Fokus auf Atomenergie.

TSCHERNOBYL UND DIE ÜBERLEGENE INTELLIGENZ DER DEMOKRATIE

Markus Hinterleitner

Nachdem sich am 26. April 1986 aufgrund eines nuklearen Unfalls im Atomkraftwerk Tschernobyl radioaktive Partikel weiträumig über Europa verteilten, hätten die politischen Reaktionen auf die größte Katastrophe in der zivilen Nutzung der Kernenergie unterschiedlicher kaum sein können. In der Sowjetunion wurde zunächst versucht, das Ausmaß des Unfalls trotz intern bekannter Fakten über die Schwere der Lage zu verschleiern und zu verharmlosen. In den westlichen Demokratien hingegen entfaltete sich ein politisches Erdbeben: Öffentliche Debatten, parlamentarischer Druck, zivilgesellschaftliche Mobilisierung und mittel- sowie langfristig tiefgreifende energiepolitische Kurswechsel. Wohingegen das unmittelbar betroffene Sowjetsystem versuchte, die Katastrophe zu unterdrücken, verarbeiteten die ebenfalls betroffenen Demokratien sie öffentlich und übersetzten sie in weitreichenden Politikwandel.

Diese Diskrepanz in den politischen Reaktionen auf die Tschernobyl-Katastrophe ist erklärungsbedürftig, auch weil die sowjetische Führung nicht einfach aus Unwissenheit handelte. Interne Dokumente, die nach dem Ende der Sowjetunion zugänglich wurden, belegen, dass das Ausmaß der Katastrophe auf höchster Ebene rasch bekannt war.⁰¹ Und umgekehrt standen die Regierungen westlicher Demokratien nicht von vornherein unter dem Zwang, ihre eigene Atompolitik grundlegend zu überdenken. Warum also dieser Unterschied?

Die Antwort liegt nicht im Ausmaß der Betroffenheit oder in der Rationalität oder Irrationalität kollektiver Reaktionen. Sie liegt vielmehr in den strukturellen Unterschieden zwischen politischen Systemen, insbesondere darin, wie Informationen über Fehler und Versagen fließen, wer diese auf die Agenda setzen darf, und welche Mechanismen dafür sorgen, dass Regierungen auf öffentliches Feedback reagieren müssen. Von diesen Mechanismen handelt dieser Beitrag.

POLITISCHE SYSTEME ALS PROBLEMLÖSUNGSSYSTEME

Der Ökonom und Sozialtheoretiker Albert O. Hirschman formulierte einmal einen scheinbaren Widerspruch: Nicht Konsens, Harmonie, oder das Fehlen von Konflikten mache demokratische Gesellschaften stark, sondern im Gegenteil ihre Fähigkeit, Konflikte auszutragen und produktiv zu verarbeiten. Demokratien produzieren laut Hirschman eine beständige Abfolge von Kontroversen, die sie immer wieder zwingen, sich neu zu justieren. Genau darin liege ihre eigentümliche Vitalität. Umgekehrt, so Hirschmans Vermutung, könnte der tiefere Grund für den Verfall der kommunistischen Systeme gerade in deren *Erfolg* gelegen haben, offene gesellschaftliche Konflikte zu unterdrücken.⁰²

Das ist eine provokante These, die aber erklärt, was Tschernobyl so anschaulich vor Augen führt. Denn das Problem des sowjetischen Systems war nicht, dass es von technischen, bürokratischen, und sicherheitspolitischen Problemen verschont blieb – sondern, dass diese Probleme nicht auf die politische Agenda gelangen durften, um die Stabilität des Systems nicht zu gefährden.

Natürlich ist kein politisches System immun gegen Fehler, auch Demokratien nicht. Alle Regierungen treffen Entscheidungen unter Unsicherheit, technische Großprojekte scheitern bisweilen spektakulär, und politische Eingriffe verfehlen mitunter ihre erklärten Ziele. Die relevante Frage ist daher nicht, ob ein System Fehler produziert, sondern wie es mit ihnen umgeht – und vor allem, ob es aus ihnen lernen kann. Genau hier liegt ein wichtiger struktureller Unterschied zwischen demokratischen und autokratischen Systemen.

In deliberativen und partizipativen Systemen, wie sie westliche Demokratien verkörpern, ist der Informationsfluss über Probleme und Misserfolge grundsätzlich offen. Journalistinnen und

Journalisten können berichten, Oppositionsparteien können Anfragen stellen und Untersuchungskommissionen einberufen, wissenschaftliche Expertinnen können widersprechen, und Bürgerinnen und Bürger können demonstrieren. Kein einzelner Akteur kontrolliert, welche Probleme öffentliche Sichtbarkeit erlangen. In autoritären Systemen hingegen ist der Informationsfluss deutlich zentralisierter und selektiver: Die Führung behält meist die Kontrolle darüber, welche Missstände öffentlich thematisiert werden und welche nicht. Dies hat weitreichende Konsequenzen, die über die Frage der Meinungsfreiheit hinausgehen und die institutionellen Kapazitäten politischer Systeme zur Selbstkorrektur betreffen.

Die Art und Weise, wie politische Akteure auf potenzielle Fehler und Kontroversen reagieren, lässt sich dabei in zwei verschiedene Muster unterteilen: ein antizipatorisches und ein reaktives.⁰³ Antizipatorische Strategien zielen darauf ab, eventuell problematische Ereignisse erst gar nicht auf die öffentliche Agenda gelangen zu lassen, beispielsweise durch das Delegieren heikler Entscheidungen an weniger sichtbare Akteure oder durch das schlichte Unterdrücken unangenehmer Informationen. Autoritäre Systeme sind in diesem Bereich strukturell im Vorteil: Für sie ist das Kleinhalten von Problemen, bevor sie eskalieren, die erste und oft auch einzig nötige Verteidigungslinie.

Demokratien hingegen sind strukturell durchlässiger. Was auch immer ihre Regierungen antizipatorisch unternehmen mögen, sie können meist nicht verhindern, dass Missstände ans Licht gelangen. Denn Medien, Opposition und Zivilgesellschaft sorgen dafür, dass Fehler und Kontroversen früher oder später sichtbar werden. Das zwingt Regierungen zur öffentlich ausgetragenen, reaktiven Auseinandersetzung mit bereits sichtbar gewordenen Problemen. Sie müssen sich vor Parlament und Öffentlichkeit rechtfertigen und mit Schuldzuweisungen unter den Augen einer beobachtenden Bevölkerung umgehen.

Genau diese konfliktreiche Dynamik, die auf den ersten Blick chaotisch und ineffizient erscheinen mag, ist jedoch keine Schwäche demokratischer Systeme, sondern eine ihrer großen Stärken.

BLAME GAMES ALS MOTOR DEMOKRATISCHER RESPONSIVITÄT

Wie aber genau funktioniert diese reaktive Verarbeitung von Kontroversen in Demokratien? Welcher Mechanismus sorgt dafür, dass öffentlich gewordene Missstände tatsächlich zu politischen Konsequenzen führen, anstatt nach kurzer Empörungswelle im Rauschen des Medienbetriebs wieder unterzugehen? Die Antwort liegt in einem politischen Phänomen, das in der Politikwissenschaft als „Blame Game“ bezeichnet wird: einem öffentlich ausgetragenen Konflikt zwischen jenen, die Schuld zuweisen (typischerweise die Opposition, Medien und Interessenvertreter) und jenen, die sich dieser Schuldzuweisung erwehren müssen (typischerweise Regierung und verantwortliche Minister).⁰⁴

Blame Games entstehen, wenn ein problematisches Ereignis wie eine Katastrophe, ein Politikversagen, oder ein Skandal die politische Agenda erreicht und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht. Bürgerinnen und Bürger bilden sich als Zuschauer des medienvermittelten Geschehens eine Meinung: Sie sorgen und empören sich, oder fordern Konsequenzen. Oppositionsparteien greifen diese Stimmungen dann auf und kanalisieren sie in politischen Druck auf die Regierung. Diese wiederum steht vor einer Wahl: ignorieren, was langfristig politische Kosten erzeugt, Schuld abwehren und auf andere verweisen – oder nachgeben und politische wie personelle Konsequenzen ziehen. Blame Games stellen so einen Transmissionsriemen zwischen öffentlicher Meinung und politischen Entscheidungen dar; genauer gesagt: einen Mechanismus demokratischer Responsivität, der themenspezifisch und unabhängig von Wahlen wirkt.

Insofern wäre es ein Fehler, Blame Games allein als politisches Spektakel oder als bloße Machtspiele abzutun. Wo Hirschman von der produktiven Kraft des Konflikts in demokratischen Gesellschaften sprach, lassen sich Blame Games als der konkrete institutionelle Kanal be-

01 Vgl. Alla Yaroshinskaya, *Chernobyl. The Forbidden Truth*, Omaha 1995.

02 Vgl. Albert O. Hirschman, *Social Conflicts as Pillars of Democratic Market Society*, in: *Political Theory* 2/1994, S. 203–218.

03 Vgl. Markus Hinterleitner/Fritz Sager, *Anticipatory and Reactive Forms of Blame Avoidance: Of Foxes and Lions*, in: *European Political Science Review* 4/2017, S. 587–606.

04 Dazu ausführlicher Markus Hinterleitner, *Policy Controversies and Political Blame Games*, Cambridge 2020.

schreiben, durch den diese Kraft wirksam wird. Ob und wie stark Regierungen auf den während Blame Games entstehenden Druck reagieren, hängt entscheidend von institutionellen Faktoren ab. Demokratische Systeme unterscheiden sich erheblich darin, wie gut die Opposition in der Lage ist, Schuld zu bündeln und zu konzentrieren, welche Konventionen für politische Verantwortung und einen Rücktritt bestehen, und wie weit die institutionelle Distanz zwischen einer Kontroverse und der Regierungsspitze ist. Im britischen System etwa ist Schuldzuweisung politisch leichter, ministerielle Rücktritte aber schwerer zu erwirken, weil die normative Leitvorstellung ministerieller Verantwortlichkeit diese auf Fälle persönlichen Fehlverhaltens beschränkt. Im deutschen System hingegen erlauben weitreichendere Rücktrittskonventionen eine stärkere Personalisierung von Blame Games, was Regierungen unter erheblichen Druck setzen kann. Doch auch wenn die institutionellen Formen variieren, bleibt der Grundmechanismus derselbe: Kontroversen erzeugen Druck, und Druck erzeugt politische Reaktion.

Im Fall Tschernobyls entfaltete sich genau dieser Mechanismus nicht in der Sowjetunion, wo er unterdrückt wurde, sondern in den westlichen Demokratien. Die Antiatombewegung war dabei kein bloß zivilgesellschaftliches Phänomen, sondern eine politische Kraft, die Oppositionsparteien und kritische Medien mobilisierte sowie Regierungen unter Zugzwang setzte. Besonders in der Bundesrepublik, wo die Grünen 1983 erstmals in den Bundestag eingezogen waren und die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Atomkraft bereits tief gespalten war, entfaltete Tschernobyl eine enorme politische Mobilisierungswirkung.

LANG LAUFENDES BLAME GAME UM TSCHERNOBYL

Was Tschernobyl von vielen anderen politischen Kontroversen unterscheidet, ist die außergewöhnliche Persistenz und Reaktivierbarkeit des Blame Games, das die Katastrophe auslöste. Viele politische Kontroversen folgen einem relativ klaren zeitlichen Bogen: Ein Ereignis erzeugt öffentliche Aufmerksamkeit, Opposition und Medien stürzen sich darauf, die Regierung verteidigt sich, es kommt zu politischen oder personellen Konsequenzen, und schließlich zieht die Medienkarawane weiter.

Tschernobyl gehorchte dieser Logik deswegen nicht, weil die Katastrophe keine abgeschlossene Sache in der Vergangenheit war, sondern ein konstantes Risiko. Die strahlenden Hinterlassenschaften des Reaktors, die langfristigen Gesundheitsfolgen und die anhaltenden Debatten über die Sicherheit ähnlicher Reaktortypen hielten das Thema auf der politischen Agenda und erlaubten es Akteuren, die Kontroverse immer wieder zu reaktivieren. Als beispielsweise im März 2011 ein Erdbeben und der darauffolgende Tsunami die Reaktoren des Kernkraftwerks Fukushima Daiichi in Japan beschädigten, wurde in Deutschland das Tschernobyl-Blame-Game nahezu augenblicklich neu entfacht. Die Bundesregierung unter Angela Merkel, die erst wenige Monate zuvor die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke verlängert hatte, sah sich einer Welle öffentlicher Empörung ausgesetzt, die institutionell auf jahrzehntelanger zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und politischer Delegitimierung der Atomkraft aufbaute. Innerhalb weniger Wochen vollzog die Regierung eine vollständige energiepolitische Kehrtwende und beschloss den beschleunigten Atomausstieg. Kaum ein Beispiel illustriert reaktive demokratische Responsivität prägnanter.

Und doch ist dieser Fall erklärungsbedürftig, denn Japan selbst vollzog keine vergleichbare Kehrtwende. Die meisten japanischen Reaktoren wurden zwar vorübergehend abgeschaltet, aber nicht dauerhaft stillgelegt. Spätere Regierungen leiteten sogar eine schrittweise Rückkehr zur Atomkraft ein.⁰⁵ Warum kam es also in Japan, wie Deutschland eine gefestigte Demokratie, zu einer so unterschiedlichen Reaktion?

Die Antwort verweist auf eine wichtige Differenzierung innerhalb des Blame-Game-Mechanismus: Demokratische Responsivität ist kein Automatismus, der überall gleich stark wirkt. Sie hängt sowohl von der Intensität zivilgesellschaftlicher Mobilisierung sowie von den oben besprochenen politischen Institutionen ab, die sich von Demokratie zu Demokratie unterscheiden.⁰⁶ In Deutschland traf Fukushima auf eine gefestigte

⁰⁵ Vgl. Since the 2011 Fukushima Accident, Japan Has Restarted 14 Nuclear Reactors, 11. 1. 2025, www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=64204.

⁰⁶ Vgl. Markus Hinterleitner, Blame Games and Democratic Responsiveness, in: *European Journal of Political Research* 4/2023, S. 1235–1256.

Antiatombewegung, eine grüne Partei im Bundestag, und eine gesellschaftliche Stimmung, die das Thema seit Tschernobyl über Jahrzehnte auf der Agenda gehalten hatte. Diese akkumulierte politische Energie war es, die Fukushima in Deutschland zu einem Katalysator für den beschleunigten Atomausstieg machte, und die in Japan in dieser Form fehlte. Nicht jede Demokratie reagiert somit gleich auf dieselbe Kontroverse, doch existiert in allen Demokratien zumindest ein Kanal, durch den öffentlicher Druck in politischen Wandel umgemünzt werden kann. In Autokratien fehlt dieser Kanal strukturell.

Das Blame Game um Tschernobyl ist damit nicht nur ein Beispiel politischer Krisenverarbeitung, sondern auch ein Lehrstück über die Langzeitwirkung demokratischer Konfliktkultur. In Demokratien können Kontroversen, wenn sie tief genug in das kollektive Gedächtnis eingeschrieben sind, über Jahrzehnte latent bleiben und durch verwandte Ereignisse reaktiviert werden. Diese Eigenschaft stellt sicher, dass gravierendes Versagen nicht einfach in Vergessenheit gerät, sondern als politisches Erbe fortlebt und Regierungen immer wieder zwingt, Rechenschaft abzulegen.

DEMOKRATIEN ALS ÜBERLEGENE PROBLEMLÖSUNGSSYSTEME

Die Beobachtung, dass westliche Demokratien auf Tschernobyl mit größerer politischer Intensität reagierten als das unmittelbar betroffene Sowjetsystem, wird mitunter als kollektive Irrationalität gedeutet. Einzelne Wissenschaftler sowie politische Akteure prägten dafür nach 1986 sogar einen eigenen Begriff: „Radiophobie“, oder die quasi-pathologische Angst vor nuklearer Strahlung, die, so die Message, mit sachlicher Risikoabwägung nichts gemein habe.⁰⁷ Doch diese Deutung greift zu kurz. Wie wir mittlerweile gesehen haben, zeigten westliche Demokratien nach Tschernobyl keine irrationale Hysterie, sondern eine Form öffentlicher Problemverarbeitung, die der Komplexität des Themas gerecht zu werden versuchte. Öffentliche Debatten, wissenschaftliche Auseinandersetzungen, parlamentarische Untersuchungen und zivilgesellschaftliche

⁰⁷ Vgl. Aliaksandr Novikau, What is „Chernobyl Syndrome?“ The Use of Radiophobia in Nuclear Communications, in: *Environmental Communication* 6/2017, S. 800–809.

Mobilisierung führten dazu, dass langfristige Risiken ernsthafter behandelt wurden als im sowjetischen Apparat.

Hinter dieser Beobachtung steckt ein allgemeineres Argument über die Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme unter Bedingungen zunehmender Komplexität.⁰⁸ Autokratische Systeme mögen in der Lage sein, auf einfache, klar definierte Probleme schnell und entschlossen zu reagieren. Ihre zentralisierte Entscheidungsstruktur verschafft ihnen dabei einen kurzfristigen Vorteil. Doch dieser Vorteil kehrt sich um, sobald Probleme komplexer, mehrdeutiger und sektorübergreifender werden. Dann wird genau das zur Schwäche, was zuvor als Stärke galt: die Unterdrückung abweichender Information, die Konzentration von Entscheidungsmacht in engen Elitenkreisen, und das Fehlen von Rückkopplungsschleifen, die frühzeitig auf Fehler hinweisen. Probleme akkumulieren sich dadurch unbemerkt, bis sie nicht mehr schrittweise lösbar sind und abrupte, oft unverhältnismäßig aufwendige und risikoreiche Politiksprünge erforderlich machen. Demokratien hingegen sind besser dafür gerüstet, komplexe Probleme anzugehen, bevor sie zu Krisen eskalieren, weil sie das Austragen öffentlicher Konflikte zulassen, unterschiedliche Informationskanäle offenhalten, und kontinuierlichem Druck ausgesetzt sind, sich zu verbessern.

Tschernobyl illustriert diese Asymmetrie eindrücklich: Statt an einem Mangel an Ingenieuren oder technischem Sachverstand litt das sowjetische Nuklearprogramm an einer politischen Kultur der Fehlertuschung, die verhinderte, dass interne Kritik an Sicherheitsstandards aufsteigen konnte sowie externe Warnungen ernst genommen wurden. Berichte des sowjetischen Geheimdienstes (KGB) aus den Jahren vor dem Unfall dokumentieren, dass Sicherheitsmängel im Kernkraftwerk Tschernobyl zwar bekannt waren, aber nicht behoben wurden, weil die institutionellen Anreize systemweit gegen das Überbringen schlechter Nachrichten gerichtet waren.⁰⁹

Zugleich wäre es falsch, demokratische Systeme pauschal als überlegen darzustellen und

⁰⁸ Vgl. Alexa Lenz et al., Democratic Governance and Policy Complexity: Revisiting the Intelligence of Democracy, in: *Journal of European Public Policy*, <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2553756>.

⁰⁹ Vgl. Rose Hinman, 28 Newly Translated Documents on Chernobyl, 1973–1991, 16.9.2019, www.wilsoncenter.org/blog-post/28-newly-translated-documents-chernobyl-1973-1991.

ihre eigenen Defizite im Umgang mit komplexen Risiken zu verschweigen. Enge Verflechtungen zwischen Regulierungsbehörden und der Industrie sowie die politische Versuchung, unangenehme Wahrheiten zu vertuschen, existieren zweifelsohne auch in Demokratien. Der Unterschied liegt also nicht darin, dass demokratische Systeme solche Pathologien nicht kennen, sondern über Mechanismen verfügen, die diese früher oder später ans Licht bringen, wie zum Beispiel eine freie Presse, eine unabhängige Opposition, oder eine Zivilgesellschaft, die nicht auf Geheiß zum Schweigen gebracht werden kann. Der entscheidende Vorzug demokratischer Systeme ist also nicht, dass sie keine Fehler machen, sondern dass ihre Fehler eine höhere Chance haben, entdeckt und korrigiert zu werden.

RÜCKKEHR DER SYSTEMFRAGE

Am 25. April 2026 jährt sich die Tschernobyl-Katastrophe zum vierzigsten Mal. Es wäre verlockend, das Datum primär als Anlass zur historischen Erinnerung zu behandeln und eine abgeschlossene Katastrophe zu bilanzieren. Doch die Systemfrage, die Tschernobyl aufwirft, wird aktuell wieder intensiv diskutiert.

Für eine kurze historische Episode, grob zwischen dem Fall der Berliner Mauer 1989 und den ersten Jahren des neuen Jahrtausends, schien diese Frage ein für alle Mal beantwortet. Francis Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ brachte die verbreitete Überzeugung zum Ausdruck, dass liberale Demokratie und Marktwirtschaft sich als alternativlos erwiesen hätten. Der Systemwettbewerb gehöre der Vergangenheit an, und die verbleibenden Aufgaben seien technokratischer Natur.¹⁰

Heute sieht die Welt anders aus. Russlands Rückkehr als geopolitischer Akteur, Chinas Aufstieg und sein selbstbewusstes Modell eines autoritären Staatskapitalismus sowie der wachsende Populismus in etablierten Demokratien – all das hat eine Debatte neu entfacht, die eigentlich seit dem Ende des Kalten Kriegs als obsolet erschien: Welches System bewältigt gesellschaftliche Herausforderungen besser? Der Ökonom Branko Milanović hat diesen neuen Wettstreit

prägnant beschrieben.¹¹ Milanovic zufolge geht es nicht mehr um Kapitalismus versus Sozialismus, sondern um zwei Spielarten des Kapitalismus. Den liberalen, auf Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Rechenschaft beruhenden Typ westlicher Prägung, und den politischen Kapitalismus, der wirtschaftliche Dynamik mit autoritärer Kontrolle verbindet und auf Effizienz statt Legitimität setzt. In diesem Wettstreit wird Effizienz voreilig als vermeintliche Trumpfkarte autoritärer Systeme ausgemacht: die Fähigkeit, schnell zu entscheiden, Widerspruch auszuschalten und Großprojekte ohne langwierige demokratische Aushandlungsprozesse durchzusetzen.

Die Covid-19-Pandemie hat diese Debatte wieder aufflammen lassen. Chinas rigides Lockdown-Management in der frühen Phase der Pandemie wurde von manchen als Beleg dafür angeführt, dass zentralisierte Steuerung in Krisensituationen überlegen sei. Was in dieser Argumentation gerne übersehen wurde, ist, dass ebene Zentralisierung, die das schnelle Handeln ermöglichte, in den Wochen zuvor die Unterdrückung früher Warnzeichen und die Vertuschung des Ausbruchs in Wuhan begünstigt hatte.¹² Das Muster war dasselbe wie nach Tschernobyl. Die institutionellen Anreize, die chinesische Lokalbeamte im Dezember 2019 dazu brachten, Ärzte zum Schweigen zu bringen und Informationen zurückzuhalten, sind strukturell verwandt mit jenen, die sowjetische Funktionäre im April 1986 dazu brachten, den Reaktorbrand kleinzureden und die Evakuierung zu verzögern. Effizienz im Krisenmanagement und Effizienz in der Krisenunterdrückung sind in autokratischen Systemen schwer zu trennen.

RELATIVE INTELLIGENZ DER DEMOKRATIE?

Was lässt sich, vierzig Jahre nach Tschernobyl, aus politikwissenschaftlicher Sicht aus dieser Katastrophe schlussfolgern? Die Versuchung liegt nahe, eine triumphale Bilanz zu ziehen: Die offene Gesellschaft hat sich bewährt, das geschlos-

¹⁰ Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

¹¹ Vgl. Branko Milanović, *Capitalism, Alone. The Future of the System That Rules the World*, Cambridge MA 2019.

¹² Vgl. Weltgesundheitsorganisation, Scientific Advisory Group for the Origins of Novel Pathogens (SAGO), *Independent Assessment of the Origins of SARS-CoV-2*, 27.6.2025.

sene System ist gescheitert, die Geschichte hat ihr Urteil gesprochen. Doch ein solches Fazit wäre nicht nur historisch ungenau, sondern auch politisch gefährlich, denn es würde nahelegen, dass die Überlegenheit demokratischer Systeme wie ein Naturgesetz existiere und keiner aktiven Pflege bedürfe.

Wie wir gesehen haben, sind demokratische Systeme strukturell besser gerüstet, Fehler zu erkennen, öffentlich zu verhandeln und aus ihnen zu lernen. Blame Games erfüllen hierbei eine wichtige Funktion. Sie halten Regierungen rechenschaftspflichtig, und erzeugen jene Anpassungsintelligenz, die der Politikwissenschaftler Charles E. Lindblom einst als die eigentliche Stärke demokratischer Entscheidungssysteme beschrieb.¹³ Tschernobyl ist in diesem Sinne kein Argument gegen die Atomkraft, sondern ein Argument für offene Gesellschaften, die technologische Großrisiken nicht dem Kalkül geschlossener Apparate überlassen.

Allerdings funktioniert dieser Mechanismus nicht bedingungslos. Blame Games erzeugen demokratische Responsivität nur, wenn es eine allgemeine Öffentlichkeit gibt, die bereit ist, politische Akteure zur Rechenschaft zu ziehen. Doch genau diese Öffentlichkeit steht in vielen Demokratien gegenwärtig unter Druck.¹⁴ Insbesondere die wachsende Polarisierung ist Gift für eine hinreichend übereinstimmende, gemeinsame Faktenbasis, geteilte Spielregeln und überparteiliche Normen – alles Voraussetzungen für deliberative Politik und produktive Blame Games. Insbesondere die politische Polarisierung verwandelt Konflikte zunehmend in Medienspektakel, in denen Normbrüche nicht mehr bestraft, sondern belohnt werden, und sich politische Akteure immer weniger dem Suchen nach Lösungen für gemeinschaftliche Probleme verschreiben. Wir stehen also vor einem Paradox: Polarisierende Demokratien produzieren zwar mehr Konflikt, aber weniger produktive Konfliktverarbeitung. Der Transmissionsriemen zwischen öffentlichem Druck und politischer Kurskorrektur droht so zu reißen. Im lindblomschen Sinne werden demokratische Systeme dabei schlicht dümmer, aber nicht, weil weniger gestritten wird, sondern weil

der Streit keine korrigierenden Rückkopplungsschleifen mehr erzeugt.

Tschernobyl hat gezeigt, was es bedeutet, wenn ein politisches System strukturell nicht in der Lage ist, auf Warnzeichen zu hören, Verantwortung zu benennen und Fehler öffentlich zu korrigieren. Autokratien scheitern daran immer wieder aus systemimmanenten Gründen. Auch Demokratien sind dagegen nicht gefeit, verfügen aber zumindest über Mittel zur Selbstkorrektur, solange sie die Normen pflegen, die ihren Streit produktiv machen.

MARKUS HINTERLEITNER

ist Assistenzprofessor für Öffentliche Verwaltung und politische Institutionen am Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) der Universität Lausanne, Schweiz.

Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf Bluesky:
[@apuz.bsky.social](https://bsky.app/profile/apuz.bsky.social)

¹³ Vgl. Charles E. Lindblom, *The Intelligence of Democracy. Decision Making Through Mutual Adjustment*, New York 1965.

¹⁴ Vgl. Jürgen Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin 2022.

UNVERFÜGBARKEIT ERZÄHLEN

Die Angästhetik der HBO-Serie „Chernobyl“

Lars Koch

Dreiunddreißig Jahre nach dem fatalen Reaktorunfall in der Ukraine stieß die fünfteilige Miniserie „Chernobyl“ (2019) des US-amerikanischen Fernsehsenders HBO bei Publikum und Kritik auf große Aufmerksamkeit. Popularität gewann sie nicht zuletzt aufgrund ihres Themas, an das sich über die Jahre hinweg vielfältige Angsterzählungen angelegt hatten. Der Super-GAU von Tschernobyl zirkuliert zumindest im kollektiven Imaginären der europäischen Gesellschaften bis in die Gegenwart hinein als eine Chiffre für technische Hybris, Kontrollverlust, Tod.⁰¹ Beachtung erfuhr die Serie aber auch, weil sie von der Reaktorhavarie in einer ausstattungstechnisch aufwendigen Ästhetik erzählte, die aufgrund der akkuraten Reproduktion der materiellen Kultur der Sowjetunion der 1980er Jahre eine Suggestion von geschichtlicher Genauigkeit zu initiieren verstand. Entsprechende Paratexte, allem voran ein sechsteiliger Podcast, in dem der Showrunner Craig Mazin das Verhältnis von Serienfiktion und historischem Vorbild einordnete, erzeugten den Eindruck, „Chernobyl“ liefere eine wissenschaftlich abgesicherte, autorisierte Erzählung darüber, was 1986 hinter dem Eisernen Vorhang jenseits aller politischen Überzeichnungen *wirklich* geschehen war.⁰²

Konträr zu dieser resonanzkalkulierenden (Selbst-)Stilisierung als semidokumentarisches Geschichtsnarrativ positionierte sich die russisch-US-amerikanische Journalistin Masha Gessen in einem Beitrag für den *New Yorker*.⁰³ Zwar honorierte die Autorin den visuell eingelösten Authentizitätsanspruch, zugleich kritisierte sie aber scharf das auf Personalisierung setzende Setting der Serie, deren narrative Anlage mit einer Zurechnung von Handlungsfähigkeit auf die zentralen Figuren die bürokratische Wirklichkeit des sowjetischen Katastrophenmanagements verfehlt habe.

Im kritischen Anschluss an Gessen, die mit der figurenzentrierten Erzählweise ein wichtiges Problem anspricht, soll nachfolgend das ästheti-

sche Programm von „Chernobyl“ umfassender in den Blick genommen und gezeigt werden, dass die Serie Potenziale der (Selbst-)Reflexion bietet. So problematisiert die Serie auf der Ebene der Form die Erzählbarkeit des Reaktorunfalls, indem sie eine doppelte Herausforderung herausstellt und narrativ bearbeitet, die mit dem Unfall von 1986 verbunden ist: Zum einen setzte die Disruptivität der Geschehnisse die symbolische Ordnung 1986 und auch in den Jahren danach insofern unter „Sinnstress“,⁰⁴ als gängige semantische Renormalisierungsmuster angesichts der Intensität der Verheerung nur unzureichend griffen. Zum anderen ist die eigentliche Gefahrenquelle – die atomare Strahlung – audiovisuellen Darstellungsmöglichkeiten nicht unmittelbar zugänglich und muss daher über spezifische Erzählverfahren erst evident gemacht werden. Die Arbeit an diesem Problem eines doppelten Entzugs von Erzähl- und Darstellbarkeit macht die Serie interessant, auch als implizite Auseinandersetzung mit Konfliktlagen ihrer eigenen Gegenwart.

DIE REAKTORHAVARIE ALS DISRUPTION

Die räumliche und zeitliche Skalierung der Unfallfolgen erzeugte eine kulturelle Ruptur, die nicht ohne Weiteres zu schließen war – darauf haben Autor:innen wie Alexander Kluge, Swetlana Alexijewitsch oder Marina Garcés in unterschiedlichen Kontexten hingewiesen.⁰⁵ Schon 1987 hatte der Soziologe Ulrich Beck die Reaktorexpllosion als einen „anthropologischen Schock“ beschrieben, der aus dem strahlungsbedingten Verlust der „Souveränität der Sinne“ und der damit verbundenen „Verdopplung der Welt“ resultiere.⁰⁶ Die späteren, zwischen Zeugenschaft und Zeitdiagnose changierenden Texte von Alexijewitsch, Kluge und Garcés folgen dieser Perspektive, wenn sie Tschernobyl zum Kristallisationspunkt eines Epochenbewusstseins erklären,

das ganz im Zeichen des Bruchs und einer katastrophischen Zukunft stehe. Die Reaktorhavarie markiert dabei als „Unfall des Bewusstseins“⁰⁷ eine Leerstelle des Verstehens, an der sich vielfältige Wissens- und Deutungsanstrengungen anlagern, die aber in ihrer Aussagekraft fragil bleiben. So schreibt Swetlana Alexijewitsch im Vorwort ihrer Textcollage „Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft“ (2003):

*Die Nacht des 26. April 1986 ... In einer Nacht gelangten wir an einen neuen Ort der Geschichte. Wir sprangen in eine neue Realität, und diese Realität überstieg nicht nur unser Wissen, sondern auch unsere Einbildungskraft. Der Zusammenhang der Zeiten riß ... Die Vergangenheit war plötzlich hilflos, auf nichts konnten wir uns stützen, im allwissenden (wie wir glaubten) Archiv der Menschheit gab es keinen Schlüssel, der diese Tür hätte öffnen können. (...) Die Erschütterung war offenkundig.*⁰⁸

In der Deutung Alexijewitschs führt der Reaktorunfall zu einem Auseinanderfallen von Zeichen und Referent, zu einem Aus-den-Fugen-Geraten der Repräsentationsordnung, in der sich die Welt darstellen lässt. Darauf, dass von der Disruptivität der Reaktorhavarie nur schwerlich kohärent und sinnstiftend zu erzählen ist, reagiert ihr Text in Form einer Montage, die die Stimmen der Opfer versammelt. In rund 40 Monologen ent-

faltet die „Chronik der Zukunft“ ein Panorama der Verwüstungen, das trotz der symmetrischen Aufbereitung der Berichte jeder Form von narrativer Kohärenz zuwiderläuft. Gerade die immer wieder durch Ellipsen und Pausen unterbrochene Monotonie, mit der die Überlebenden zehn Jahre nach dem Reaktorbrand von ihren Erfahrungen berichten, macht die Ungeheuerlichkeit des Erlebten nachvollziehbar. In den dokumentierten Schilderungen ist die vertraute Ontologie der Welt durch die radioaktive Strahlung zerstört. Als Realität, Heterotopie und Heterochronie zugleich verweist die kontaminierte Zone in Alexijewitschs Buch auf eine Welt, für die der „Sarkophag, in dem sie das Kernfeuer begruben“,⁰⁹ zum Epochenzeichen einer gescheiterten technischen Verfügungsmacht geworden ist.

POPKULTURELLE PRÄTEXTE

Die Serie findet sich 2019 in einer bereits rund 25 Jahren andauernden wissenschaftlichen und kulturellen Deutungs- und Repräsentationsgeschichte situiert und muss sich hinsichtlich ihres eigenen Zugriffs hierzu reflexiv verhalten. Gerade der Umstand, dass der Unfall von 1986 sukzessive zu einem Topos im katastrophischen Imaginären der Populärkultur geworden ist, der die eigentliche „Überschwelligkeit“¹⁰ der Havarie phantasmagorisch überdeckt hatte, leitet das Erzählprogramm der Serie an. Paradigmatisch für bisherige Ästhetisierungsweisen stehen beispielsweise das Computerspiel „S.T.A.L.K.E.R.: Call of Pripyat“ (2009) und der US-Horrorfilm „Chernobyl Diaries“ (2012, Regie: Bradley Parker), in denen die Sperrzone, ähnlich wie in den *Dark-Tourism*-Bildwelten auf Instagram, ein Setting ist, in dem sich Atmosphären des Gespenstischen inszenieren lassen. Sehr viel spezifischer arbeitet der russische Spielfilm „An einem Samstag“ (2011) die Bedrohungslogik des Reaktorunfalls heraus. Sein Regisseur, Alexander Mindadse, konzentriert sich auf den ersten Tag nach dem Unglück und zeigt, wie die Bedrohung aufgrund der Beharrungskraft des Alltäglichen nur verzögert ins Bewusstsein einer Hochzeitsgesellschaft dringt. Dramaturgische Energie gewinnt „An einem Samstag“ aus der Spannung zwischen der Ahnungslosigkeit der Fi-

01 Vgl. zu den hier skizzierten Überlegungen umfassend Lars Koch, ‚Tschernobyl‘ als Disruption, in: Barbara Picht/Henning Trüper (Hrsg.), *Epochenwenden. Zur Aktualität historischer Periodisierung*, Göttingen 2025, S. 227–255.

02 Vgl. HBO, *The Chernobyl Podcast*, 6.5.2019, https://youtu.be/rUeHPCYfWYQ?si=NVZMq_m0xeJsG9IQ.

03 Vgl. Masha Gessen, *What HBO’s „Chernobyl“ Got Right, and What It Got Terribly Wrong*, in: *The New Yorker*, 4.6.2019, www.newyorker.com/news/our-columnists/what-hbos-chernobyl-got-right-and-what-it-got-terribly-wrong.

04 Vgl. Albrecht Koschorke, *Nicht-Sinn und die Konstitution des Sozialen*, in: Kay Junge/Daniel Šuber/Gerold Gerber (Hrsg.), *Erleben, Erleiden, Erfahren. Die Konstitution sozialen Sinns jenseits instrumenteller Vernunft*, Bielefeld 2008, S. 319–332, hier S. 325.

05 Vgl. Alexander Kluge, *Die Wächter des Sarkophags. 10 Jahre Tschernobyl*, Hamburg 1996; Swetlana Alexijewitsch, *Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft*, Berlin 2013; Marina Garcés, *Neue radikale Aufklärung*, Wien 2019.

06 Ulrich Beck, *Der anthropologische Schock. Tschernobyl und die Konturen der Risikogesellschaft*, Bern 1988, S. 11, S. 13, S. 20.

07 Swetlana Alexijewitsch/Paul Virilio, *Radioaktives Feuer. Die Erfahrung von Tschernobyl*, in: *Lettre International* 1/2003, S. 11–15, hier S. 13.

08 Alexijewitsch (Anm. 5), S. 42.

09 Ebd., S. 47.

10 Im Sinne von Günther Anders, *Die Antiquiertheit des Menschen*, Bd. 1, München 1985, S. 269f.

guren und dem Wissen der Zuschauer:innen um die Gefahr, die von der freigesetzten Strahlung ausgeht. Diese diegetische Latenz, in der die Havarie zwar schon Irritation, aber eben noch keine Katastrophe ist, markiert auch in „Chernobyl“ ein wiederkehrendes Motiv.¹¹ So zeigt beispielsweise eine Schiffbruch-mit-Zuschauer-Szene der ersten Folge, wie die Bewohner Prypjats von einer nahen Eisenbahnbrücke aus den brennenden Reaktor bestaunen. Diese Sequenz, die den Wissensvorsprung der Zuschauer:innen einkalkuliert, macht auf einer Metaebene deutlich, dass ein ästhetisches Verhältnis zur Gefahr nur auf Grundlage der apokalyptischen Verknennung eigener Exponiertheit möglich ist.¹² Es wird klar, dass die Serie mehr sein will als eine faktenorientierte Rekonstruktion oder eine bloße Perpetuierung bekannter medialer Dramaturgien. Sie sucht nach einer Erzählweise, die dem mit der Strahlung verbundenen Effekt einer Entwirklichung gerecht wird, und reflektiert zugleich darüber, wie sich in der Gegenwart, angesichts von globaler Erwärmung und Polykrise, überhaupt auf populäre Weise von Tschernobyl erzählen lässt.

ZWISCHEN DOKUMENTATION UND FIKTION

„Chernobyl“ operiert mit Realitätseffekten. Gerade die Detailtreue der Ausstattung – die sowjetische Alltagswelt, repräsentiert durch Telefone, Formblätter, Zigarettenrauch, Uniformstoffe und Plattenbauarchitektur – suggeriert die historische Stimmigkeit des Seriennarrativs. Diese Authentizitätsbehauptung wird durch die Inszenierung unterstützt: Es dominieren langsame Kamerabewegungen, lange Einstellungen, die Farbgebung ist begrenzt auf eine Palette aus Grau-, Grün- und Brauntönen, die die Bilder „alt“ erscheinen lässt. Der Eindruck von Realismus speist sich zudem aus einer quasi-mimetischen Reproduktion des historischen Bildmaterials aus dem April 1986, das seither im Bildgedächtnis zirku-

11 „Diegese“ bezeichnet in der Erzähltheorie die erzählte Welt; „diegetisch“ meint entsprechend alles, was innerhalb dieser Welt situiert ist – hier also die für die Figuren nur indirekt erfahrbare, in ihren Wirkungen jedoch bereits wirksame Bedrohung durch die Strahlung. Vgl. zum komplexen Begriff der „Diegese“ Frank Kessler, Von der Filmologie zur Narratologie. Anmerkungen zum Begriff der Diegese, in: *Montage AV* 2/2007, S. 9–16.

12 Zum Begriff der „Apokalyptseblindheit“ vgl. Anders (Anm. 10), S. 271–293.

liert. Es finden sich Sequenzen, etwa wenn es um die Löschversuche mit Helikoptern geht, die als Eins-zu-eins-Nachstellung bekannter Bildikonen des Reaktorunfalls in die Serie übernommen wurden. „Chernobyl“ zielt so auf einen Rezeptionseffekt ab, der einen Eindruck von dokumentarischer Evidenz erzeugen und affektive Involvierung herbeiführen will.

Ist damit die Beobachtung von Stadien und Szenen des Kontrollverlusts als narrativer Faden der ersten Folgen gesetzt, besteht die eigentliche Pointe der Serie darin, wie sie Genreeerwartungen aufruft und zugleich unterläuft. Eine eindeutige Wahrheit oder Moral des Reaktorunfalls präsentiert die Serie gerade nicht. Vielmehr zeigt sie, wie das Bedürfnis nach narrativer Aneignung und Sinn selbst zum Problem wird: Vorschnelle Erklärungen oder Einordnungen überdecken nur unzureichend, was als Erfahrung radikaler Unverfügbarkeit insistiert. Konsequenterweise lässt „Chernobyl“ mit dem Reaktor auch die Vorstellung eines allgemeinverbindlichen Modells von Wirklichkeit explodieren. In Sitzungen, Funksprüchen, Protokollen und Gesprächen wird darum gerungen, was eigentlich passiert sein kann und darf: Ist der Reaktor wirklich offen? Ist Graphit wirklich auf dem Boden? Sind die Werte messbar oder „unmöglich“? Und wer hat die Lizenz, diese Wirklichkeit auszusprechen? Die Serie zeigt, wie Macht sich als Konflikt über die Beschreibung von Wirklichkeit realisiert. Während auf der Ebene der Diegese die Strahlung in ihrer Unverfügbarkeit in Szene gesetzt wird, spielt die Serie auf einer Metaebene auf eine zweite Unverfügbarkeit an, die darin besteht, dass die Welt sich anders verhält als die Parteidoktrin es eigentlich zulässt. So gewendet geht es also durchaus um Strukturprobleme des sowjetischen Staates, adressiert wird aber zugleich – das macht die Zeitgenossenschaft der Serie aus – auch die gegenwartskulturelle Erosion von stabilen Wissensregimen unter den Bedingungen zunehmend fragmentierter Öffentlichkeiten. Auch die Wahrheitsdimension der aktuellen Polykrise – von der Coronapandemie über den Ukrainekrieg bis zur globalen Erwärmung – ist hart umkämpft und dominiert von einem intensiven Streit um Deutung, Zuständigkeit und Glaubwürdigkeit.

DRAMATURGIE UND NARRATIVE STRUKTUR

Der *Story Arc*, der von der Kernschmelze bis zum Gerichtsprozess gegen die vermeintlichen

Verantwortlichen reicht, folgt gerade nicht den genretypischen Pfaden von Ereignis und schlussendlicher Renormalisierung, sondern erzählt von dem vergeblichen Versuch, eine Katastrophe zu beherrschen, die niemand wahrhaben will. Im Mittelpunkt steht der – einer historischen Person nachempfundene – Kernphysiker Waleri Legassow (Jared Harris), ein postheroischer Held wider Willen, dessen wissenschaftliche Kompetenz zum vermeintlichen Orientierungspunkt im Chaos wird. Zu Beginn sieht man ihn in seiner Wohnung, wie er seine Katze füttert, die Kassettenaufnahme seiner Memoiren beendet, diese umsichtig versteckt, um sich schließlich zu erhängen. Die Verbindung von Whistleblowing und Selbstmord fungiert als vertrauensbildende Maßnahme; die Spuren an Legassows Körper – ihm fallen Haare aus, er hustet Blut – signalisieren, dass er unter Einsatz seines eigenen Lebens getan hat, was er konnte, um die Folgen der Havarie so gut wie möglich einzuhegen. Ruft „Chernobyl“ damit zunächst das Setting konventioneller Katastrophenthriller auf, wie es das Genrekino als Muster souveräner Erzählbarkeit bestimmt, dann nur, um dieses optimistische Narrativ mit Legassows Voiceover zu unterlaufen: „There was nothing sane about Chernobyl. Everything that happened, even the good that we did. Madness.“¹³ Von dieser retrospektiven Einordnung aus entfaltet die Serie eine Kettenreaktion aus Fehlern, gescheiterten Routinen und Selbsttäuschungen. Ein wiederkehrendes dramaturgisches Verfahren ist die zähe Arbeit des Erklärens. Legassow begleitet das Mitglied des Zentralkomitees Boris Schtscherbina (Stellan Skarsgård), um ihm zu erklären, wie ein Atomreaktor funktioniert. Was wie Wissenschaftskommunikation beginnt, wird zur politischen Auseinandersetzung, weil es um Deutungs- und Entscheidungsmacht geht. Schtscherbina steht zunächst für den inadäquaten Problemzugriff des Apparats: Beschwichtigung, Befehl, Kontrolle. Die Serie zeigt diese Logik in Ministeriumsbesprechungen, in denen Wahrheit als Loyalitätsfrage verhandelt wird. Schtscherbina lässt sich zögerlich von Legassows Expertise überzeugen, befolgt schließlich seinen Rat – und wird gerade dadurch zum Symbol des machtlosen Mächtigen. Die Serie erzählt diese Beziehung als Lernprozess unter Gewaltbedingungen:

Wahrheit setzt sich nicht durch, weil sie wahr ist, sondern weil sie in machtgestützte Handlungen übersetzt werden muss. Dramaturgisch bleibt dabei ein Rest unentscheidbar: Selbst dort, wo Expertise siegt, bleibt unklar, ob die Katastrophe „beherrscht“ oder nur verwaltet wird. Der Prozess im Serienfinale ordnet Ursachen – und zeigt zugleich, dass Ordnung selbst eine Inszenierung ist, die einen Preis hat: Sie reduziert Komplexität, damit Verantwortung erzählbar wird.

In „Chernobyl“ realisiert sich die Bewältigung der Unfallfolgen so in Form einer Verschiebung. Die Kettenreaktion des Unfalls endet nicht mit dem Richterspruch, sondern verlagert sich nur: in Körper, Böden, Archive, Erinnerungen. In einer Reihe von Szenen wird sichtbar, wie die Sprache an ihre Grenzen stößt. Die Serie arbeitet mit Wiederholungen, mit abgebrochenen Sätzen, mit Blicken, die eine Lücke markieren. Analog zu Alexijewitsch zeigt auch die Serie den Unfall als eine „Überlastungsstörung“,¹⁴ die in ihren zeitlichen und räumlichen Skalierungen gegebene Semantiken zum Scheitern bringt. Genau darin verbindet die Serie Angst und Narration: Angst ist nicht nur Reaktion auf Gefahr, sondern ein Effekt der Störung von Erzählbarkeit. Darin, dass die Serie diese Störung nicht glättet, sondern ausstellt, ist ihr eigentlicher Realismus begründet. Sie adressiert und verneint zugleich die Funktion der Entlastung, die von historischer Rekonstruktion erwartet wird.

ÄSTHETIK DER BEDROHUNG

Ein zentrales Serienthema ist die unsichtbare Gewalt der atomaren Strahlung. Die dramaturgische Leistung besteht darin, wie sich die Unsinnlichkeit der Gefahr in ein drängendes Gefühl bedrohlicher Exponiertheit übersetzt. Voraussetzung dafür ist eine sich sukzessive auflösende Wissensdifferenz zwischen Figuren und Publikum. Einerseits wissen die Zuschauer:innen um die Strahlengefahr, andererseits kann auf diese Gefährlichkeit – dies gilt ebenso für die Figuren der diegetischen Welt – erst über die Effekte der Vergiftung rückgeschlossen werden. Evident wird sie über das gespenstische Knattern der Geigerzähler, über die Kadaver verendeter Tiere und an den Körpern derjenigen,

¹³ „Nichts an Tschernobyl folgte den Regeln der Vernunft. Alles, was passierte, auch unsere guten Taten: Wahnsinn.“

¹⁴ Vgl. Lars Koch/Tobias Nanz/Johannes Pause, *Imaginationen der Störung*. Ein Konzept, in: *Behemoth* 1/2016, S. 6–23, hier S. 19f.

die mit ihr in Kontakt kommen: wenn sich ein politischer Funktionär, der gerade noch behauptet hat, es könne gar nicht zu einer Kernschmelze gekommen sein, quer über den Tisch erbricht; wenn die Haut der Feuerwehrleute und Kraftwerksmitarbeiter Blasen wirft; wenn die toten Körper als Sondermüll entsorgt werden müssen. Die Symptome der Strahlenkrankheit – so eindrücklich sie in „Chernobyl“ dargestellt werden – sind nur die äußerste Stufe eines Zersetzungsprozesses, der zunächst die Körper angreift, zugleich aber auch die Selbstverständlichkeit des basalen Weltverhältnisses infrage stellt. Radioaktive Strahlung ist monströs, weil sie unhörbar, unsichtbar, unriechbar, untastbar ist. Als Negation der intuitiven Epistemologie der Gefahr erschüttert sie das Grundvertrauen in die Welt und in die Sinne, die diese erfassen. Die Serie fängt diesen Weltverlust ein, indem sie die vom Menschen verlassenen Habitate, die Hochhäuser, Spielplätze und Straßen der nahegelegenen Stadt Prypjat in Bilder einer vergangenen und zugleich zukünftigen „Geografie des Todes“ übersetzt, „die die Zeit verschlungen und in eine Katastrophe verwandelt hat“.¹⁵

AFFEKTKODIERUNG: ANGST

Der dominierende Affekt von „Chernobyl“ ist die Angst. Sie konfrontiert sowohl das Figurenpersonal als auch die Zuschauer:innen mit der Unverfügbarkeit und Unkontrollierbarkeit der atomaren Gefahr. Die Serie verweigert dabei einen *catastrophic relief*: Es gibt keine entlastende Auflösung, keinen Moment, in dem sich das Ereignis in eine abgeschlossene Episode der Vergangenheit verwandelt. Angst bleibt als Atmosphäre bestehen, weil das Problem nicht alleine die Explosion ist, sondern vor allem ihr Nachleben. Das Erzählen folgt einer Logik des „Gespenstischen“, wie es vom Kulturwissenschaftler Mark Fisher beschrieben wurde, als das Sich-Aufdrängen einer Abwesenheit (von Menschen), die zugleich auf eine Anwesenheit (der Strahlung) verweist.¹⁶ Audiovisuell wird diese Angst durch eine dichte Soundkulisse miterzeugt, die das Unsichtbare hörbar macht.¹⁷

Das Dosimeter ist nicht nur Requisite, sondern Instrument affektiver Übersetzung: Klicks werden zu Indizien der Gefährdung. Dazu kommt ein industrielles Dröhnen, das Räume wie mit Restwärme füllt; Türen schlagen wie Warnsignale; Telefonklingeln wird zum Alarm. Auch die Bildsprache taucht das Alltägliche in ein gespenstisches Licht. Beton ist hier nicht nur Material, sondern Gefühl: schwer, kalt, klaustrophobisch. Gerade die Ruinenhaftigkeit technischer Effizienz steigert den Eindruck von Lebensfeindlichkeit. Die leeren Straßen von Prypjat, die starren Fassaden, die geordneten Innenräume bilden einen Kontrast zur unsichtbaren Kontamination.

So entsteht eine Ästhetisierung des Super-GAUs, die die allgegenwärtige Bedrohung durch „das Ungeheuer der radioaktiven Strahlung“¹⁸ in die Latenz versetzt. Der Gasmasken tragende Liquidator, die Männer auf dem Reaktordach, die in Sekunden arbeiten müssen, der kontaminierte Staub, der sich überall ablegt – solche Bilder sind popkulturell anschlussfähig, weil sie komplexe Angstlagen in prägnante Mikronarrative überführen. Und doch ist der Effekt keine beruhigende Distanzierung vom atomaren „Absolutismus der Wirklichkeit“.¹⁹ Je klarer das Zeichen, desto deutlicher wird, dass es das Unbezeichnare nur umkreist. Und weil die Serie Entlastung verweigert, wird selbst das scheinbar Banale zum Angstanlass: ein Glas Wasser, eine Türklinke, ein Kleidungsstück, das man nicht mehr anfassen sollte. Spannung entsteht nicht nur aus dem, was passiert, sondern aus dem, was möglicherweise schon passiert ist, ohne dass es jemand registriert hätte. So wird Angst zu einer Wahrnehmungsform: Sie richtet den Blick auf Schwellen, auf Grenzwerte, auf kleinste Abweichungen, und sie perforiert damit jede Selbstverständlichkeit der Lebenswelt. Emblematisch hierfür steht die Gasmasken des Liquidators, die das Cover der DVD-Kaufbox dominiert: Als funktionaler Apparat, der den lebensnotwendigen wie lebensgefährlichen Austausch von innen und außen organisiert, verweist sie als „absolute Metapher“²⁰ fragiler Umweltbedingungen auf

¹⁵ Garcés (Anm. 5), S. 43.

¹⁶ Vgl. Mark Fisher, *Das Seltsame und das Gespenstische*, Berlin 2017, S. 13ff.

¹⁷ Zur Rolle des Sounds für die Produktion filmischer Atmosphären vgl. Michel Chion, *L'audio-vision. Son et image au cinéma*, Paris 1990.

¹⁸ Hartmut Rosa, *Unverfügbarkeit*, Wien–Salzburg 2018, S. 130.

¹⁹ In Anlehnung an Hans Blumenberg, *Arbeit am Mythos*, Frankfurt/M. 1986, S. 13.

²⁰ Hans Blumenberg, *Paradigmen zu einer Metaphorologie*, Bonn 1960, S. 20.

eine Zukunft, die, wie es Marina Garcés in ihrem Anthropozän-Essay formuliert, als unter einer „posthumer Kondition“²¹ stehend gedacht werden müsse:

*Unsere Zeit ist die Zeit, in der alles endet. Wir haben dem Ende der Moderne, der Geschichte der Ideologien und der Revolutionen beigewohnt. Wir haben Schritt für Schritt das Ende des Fortschritts erlebt: der Zukunft als der Zeit der Verheißung, der Entwicklung und des Wachstums. Jetzt sehen wir, wie die Ressourcen versiegen, das Wasser, das Erdöl und die saubere Luft, und wie die Ökosysteme und ihre Vielfalt sterben. Kurz, in unserer Zeit endet alles, selbst die Zeit.*²²

DIE SERIE ALS RESONANZRAUM DER GEGENWART

„Chernobyl“ ist nicht nur eine audiovisuell beeindruckende Erzählung über die Vergangenheit, sondern auch nachdenklicher Resonanzraum einer Gegenwart, in der die Zeit mehr und mehr aus den Fugen zu geraten scheint.²³ Der Reaktorunfall wird, darin folgt die Serie etwa Alexander Kluge,²⁴ als Menetekel für die ungenügenden Risikokalküle der Moderne inszeniert: für unsichtbare Gefahren, für zeitverzögerte Wirkun-

gen und *unknown unknowns*. Die Serie verweist so auf ein Scheitern der epistemologischen Fundamente technischer Weltaneignung: Auch diegetisch zeigt sie, wie vermeintlich sicheres Wissen produziert, kommuniziert, anerkannt oder ignoriert wird. Vertuschung und Beschwichtigung wirken dabei nicht nur als moralische Verfehlungen, sondern als Technik der Machterhaltung. In dieser Hinsicht wirkt die Serie in einen Erwartungshorizont hinein, der angesichts existenter und antizipierter Polykrisen durch die Erfahrung von Fragilität dominiert wird.²⁵ Extradiegetisch adressiert „Chernobyl“ so eine grassierende Selbstwahrnehmung westlicher Gesellschaften, denen Zukunft immer weniger als gestaltbarer Möglichkeitsraum und immer mehr als verhängnisvoller Gefahrenraum entgegentritt.²⁶ „Chernobyl“ aktualisiert diese Konstellation, ohne sie zu eindeutig zu allegorisieren. Gerade weil die Serie mit historischem Material arbeitet, kann sie als implizite Selbstbeschreibung der Gegenwart rezipiert werden. Ihre Popularität resultiert aus der Fähigkeit, einen vagierenden *catastrophic belief* – das diffuse Gefühl, dass Zukunft mehr und mehr zum „indisponiblen Schicksal“²⁷ wird – in Schwingung zu versetzen. Während die Erzählung darüber, was 1986 in Tschernobyl passiert ist, einerseits auf die historischen Fakten und deren partielle Präsenz im kulturellen Gedächtnis rekurriert, adressiert sie andererseits eine in der breiten Gegenwart zirkulierende Vorstellung von Zukunft, die, wie Hans Ulrich Gumbrecht mit Blick auf die globale Erwärmung formuliert, „als Bedrohung auf uns zuzukommen scheint“.²⁸ Damit ist die Serie, die sich ästhetisch dezidiert auf die Vergangenheit von „Tschernobyl“ bezieht, zugleich Bildspender für die Herausbildung jener „pretrauma imaginaries“,²⁹ in denen sich die affektiven Dissonanzen eines In-der-Welt-Seins unter der disruptiven Kondition der Gegenwart medial niederschlagen.³⁰

21 Garcés (Anm. 5), S. 17.

22 Ebd., S. 21.

23 Vgl. Aleida Assmann, *Ist die Zeit aus den Fugen? Aufstieg und Fall des Zeitregimes der Moderne*, München 2013, insbesondere S. 245–280.

24 Vgl. Alexander Kluge, *Die Lücke, die der Teufel läßt*, Frankfurt/M. 2003, S. 8.

25 Vgl. hierzu Lars Koch/Maren Lickhardt/Matthias Schaffrick, *Fragilität. Annäherungen an die Konturen einer Semantik*, in: dies. (Hrsg.), *Fragilität. Konturen einer Semantik*, Göttingen 2026, S. 9–27.

26 Vgl. Marcus Quent, *Vorwort*, in: ders. (Hrsg.), *Absolute Gegenwart*, Berlin 2016, S. 7–15.

27 Niklas Luhmann, *Die Beschreibung der Zukunft*, in: ders., *Beobachtungen der Moderne*, Opladen 1992, S. 129–147, hier S. 147.

28 Vgl. Hans Ulrich Gumbrecht, *Unsere breite Gegenwart*, Berlin 2015, S. 16.

29 E. Ann Kaplan, *Climate Trauma. Foreseeing the Future in Dystopian Film and Fiction*, New Brunswick 2016, S. 1.

30 Der Begriff der „Disruptiven Kondition“ adressiert die soziohistorische Erfahrung der Spätmoderne als Zeit der Brüche und Unsicherheiten, der einander verstärkenden Krisen und schließlich der radikalen Unverfügbarkeit dessen, was einmal „Geschichte“ hieß. Infrage steht damit das Selbstverständnis der gegenwärtigen Gesellschaften des Westens, ihre Denkstile, ihre Operationen und ihr planetares Imaginäres. Vgl. hierzu Koch (Anm. 1), S. 240f.

LARS KOCH

ist Professor für Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Medienkulturwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. In seiner Forschung widmet er sich unter anderem der Analyse von Angst, Katastrophen, Ausnahmezuständen und Disruptionen.

Zahlen, bitte!

Wirtschaftspolitik auf den Punkt gebracht

Jetzt **Newsletter**
abonnieren



bpb:

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. April 2026

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Leontien Potthoff (Volontärin)
Isabel Röder
Luise Römer
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
20-21/2026, 9. Mai 2026

BODEN



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz